

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1952

26 (31.1.1952)

ETTLINGER ZEITUNG

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Pf. — (Preisliste Nr. 3) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgan

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Fremdenhaus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

4./58. Jahrgang

Donnerstag, den 31. Januar 1952

Nr. 26

Probleme der Pressepolitik

Cron kritisiert die Kredite für Lizenzblätter
Frankfurt (UP). Für die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Presse von allen Interessengruppen trat in einem Vortrag vor der „Arbeitsgemeinschaft für Publizistik“ der Frankfurter Universität der Vorsitzende des Deutschen Journalistenverbandes, Dr. Helmut Cron, ein. Er wandte sich gegen den amerikanischen 15-Millionen-DM-Kredit für verschiedene westdeutsche Zeitungen, der, so führte Dr. Cron aus, wenn er auch noch so gut gemeint sei, das Ansehen der politischen Presse in der Meinung der Leser nicht erhöht habe. Das politische Bild habe sich so geändert, daß es unvermeidbar sei, wenn die gleichen Leute, die 1945 auf amerikanischen Befehl Zeitungen betriebe einrichteten, jetzt diese Pressekreidite verteilen. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, als wenn dadurch „ein Stück Deutschland-Politik der USA aus der Zeit der Besatzung“ hinübergerettet werden soll.
Dr. Cron räumte ein, daß die politische Presse in Deutschland es niemals leicht gehabt habe und die heutige Situation in vielen Dingen sehr derjenigen zur Zeit Bismarcks ähnele. Innerhalb der Bundesregierung gäbe es auch heute noch einige Verehrer von Bismarcks Pressepolitik, deren Mißerfolg ganz offensichtlich sei. Den Politikern von heute fehle es genau so wie ihren Vorgängern an der nötigen Einsicht, zu erkennen, daß die Presse andere Aufgaben habe, als nur die Meinung der Regierung zu befolgen und diese zu vertreten. Das bestehende natürliche Spannungsverhältnis zwischen Regierung und Presse, das aus der Verschiedenartigkeit der Aufgaben und Methoden erwachse, könne keineswegs durch Paragraphen und Pressegesetze geändert werden.

Eine Bestie abgeurteilt

14 Jahre Zuchthaus für einen KZ-Kapo
Nürnberg (UP). Das Schwurgericht Nürnberg verurteilte den 38 Jahre alten früheren SS-Scharführer Jakob Fries aus Fürth wegen zweier Verbrechen der Körperverletzung mit Todesfolge und sieben Verbrechen der Körperverletzung im Amt zu insgesamt vierzehn Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte lebenslange Zuchthausstrafe beantragt. Fries war im KZ Sachsenhausen als einer der „draußenstehenden“ geführt. In einem Falle versuchte er zusammen mit dem nicht mehr auffindbaren SS-Scharführer Braun einen Häftling in einem Waschtrog zu ertränken. Als dieser aus dem Trog heraus auf den Boden fiel, sprangen Fries und Braun auf ihm herum, und Fries drückte ihm schließlich mit einem Fußtritt den Kehlkopf ab, so daß er tot liegen blieb. Während der Verhandlung wurde bekannt, daß Fries auch im KZ Auschwitz schwere Verbrechen begangen haben soll. Er wird sich deshalb in einem weiteren Verfahren verantworten müssen.

Grotewohl will Generalvertrag besitzen
Berlin (UP). Der Ministerpräsident der Ostzonen-Regierung, Otto Grotewohl, unterstrich in einer Rede in Ostberlin erneut das Einverständnis seiner Regierung mit der Bildung einer Kommission aus Vertretern Ost- und Westdeutschlands zur Überprüfung der Voraussetzungen für die Abhaltung von Wahlen in ganz Deutschland. Grotewohl behauptete, der Text des Generalvertrages befände sich im Besitz der Ostzonen-Regierung.

Keine US-Stützpunkte in Kaschmir
Paris (UP). Der pakistanische Außenminister Sir Zafrulla Khan bezeichnete vor dem Sicherheitsrat der UN die sowjetische Behauptung, die USA hätten in Kaschmir militärische Stützpunkte angelegt, von denen aus sie die Sowjetunion anzugreifen beabsichtigten, als völlig aus der Luft gegriffen. Großbritannien und die USA schlugen vor, den UN-Vermittler in Kaschmir, Frank Graham, zu beauftragen, die Verhandlungen mit Indien und Pakistan wieder aufzunehmen.
Der Sicherheitsrat nahm ferner ohne Gegenstimmen eine Resolution an, durch die die bisherige Atomenergie-Kommission aufgelöst wird. Die Tätigkeit dieser Kommission wird von der neugebildeten Abrüstungskommission der UN fortgeführt werden, in die 12 Nationen ihre Vertreter entsenden.

Kurzschluß am Südpol
Französische Expedition mußte nach Hause
Melbourne (UP). Der französische Antarktis-Expedition, die nur 2000 Kilometer vom Südpol entfernt auf dem antarktischen Festland überwintern wollte, ist zur Aufgabe ihres Vorhabens gezwungen worden, weil ihr Hauptlager durch Feuer vollkommen zerstört wurde. Das Lager, das sich an der Küste von Princess-Adelle-Land etwa 3500 Kilometer südlich Melbourne befand, geriet durch einen elektrischen Kurzschluß in Brand. Ein heftiger Wind fachte die Flammen an und verleitete alle Löscheversuche, so daß in kurzer Zeit das Vorratshaus, die Werkstatt und sämtliche Wohnbaracken vernichtet wurden. Nur die Wetterstation und ein kleiner Schuppen wurden gerettet. Die Expeditionsteilnehmer hatten nach dem Brand, der ihre ganze Ausrüstung vernichtete, keine andere Wahl, als an Bord ihres Schiffes zu gehen und die Rückfahrt nach Australien anzutreten.

Adenauer empfing Opposition

Keine Annäherung der Standpunkte - SPD lehnt gemeinsame Politik ab

Bonn (UP). Bundeskanzler Dr. Adenauer empfing am Mittwoch in Gegenwart von Sicherheitskommissar Blank und General a. D. Heusinger die SPD-Vorstandsmitglieder Ollenhauer, Professor Schmid und Schöttle zu einer zweiten Aussprache über den in Aussicht genommenen deutschen Wehrbeitrag und die jüngste Entwicklung an der Saar. Die Besprechungen haben bisher zu keiner Annäherung der Standpunkte geführt.
In dem dreieinhalbstündigen Gespräch referierte der Kanzler über den Wehrbeitrag und den bisherigen Fortgang der Verhandlungen zur Bildung einer Europa-Armee. Nähere Einzelheiten des Inhalts der Aussprache wurden nicht bekanntgegeben. Zwischen Regierung und Opposition soll noch vor der für nächste Woche geplanten Verteidigungsdebatte im Bundestag eine weitere Unterredung folgen.
Der Sozialdemokratische Pressedienst veröffentlichte als Auftakt zu dem neuen Gespräch des Kanzlers mit den SPD-Führern einen Aufsatz unter der Überschrift: „Was für eine Gemeinsamkeit?“, in dem eine gemeinsame Politik mit der Bundesregierung unter den gegenwärtigen Umständen rundweg abgelehnt wird. Es sei „kein Zweifel darüber möglich, daß es eine gemeinsame Haltung in einer Grundfrage der deutschen Politik nur zwischen Parteien geben kann, die diese Politik gemeinsam planen, festlegen und führen. Es ist absurd, sich die gemeinsame Haltung so vorzustellen, daß die SPD die ohne ihre Mitwirkung geführte Politik des Kanzlers jetzt billigt.“
Nur wenn die Regierung ihren bisherigen Weg verlassen wolle, um mit der Opposition einen neuen Weg gemeinsam zu planen und festzulegen, hätten die für eine Zusammenarbeit sprechenden Stimmen einen realen Hintergrund. Die SPD sei zur fairen Austragung der Gegensätze und zu einer beiderseitigen, rechtzeitigen Informierung in allen Fragen bereit. Eine gemeinsame Politik sei jedoch überhaupt nur in den Fragen denkbar, in denen sich die Regierung noch nicht international festgelegt habe.
Mitglieder der Dienststelle Blank haben dem geschäftsführenden Ausschuss des Bundesjugendringes in Köln Auskunft über die

bisherigen Verhandlungen und die vorgesehene innere Struktur etwaiger deutscher Militärverbände erteilt. Dabei wurden nicht nur Probleme des Wahlrechts der Soldaten, Fragen der allgemeinen Wehrpflicht und des Freiwilligenheeres, sondern auch Dinge wie die Uniform der Europa-Soldaten, der Parade-marsch und das Größen von Vorgesetzten erörtert.
Treck-Führer bei Lukaschek
Bundesflüchtlingsminister Dr. Lukaschek versicherte Vertretern der Treckvereinigungen in Schleswig-Holstein und Bayern, die den Minister in Bonn aufgesucht haben, daß die Finanzierung des Baus von Wohnungen in den Aufnahmeländern für 200 000 Heimatvertriebene sichergestellt sei. Bis spätestens Ende dieses Jahres könnten also 200 000 Personen aus Schleswig-Holstein, Bayern und Niedersachsen umgesiedelt werden.
Die Vertreter der Treckvereinigungen erklärten dazu, daß sie die geplanten Trecks auf alle Fälle durchführen würden, wenn nicht bis zum Mai zu erkennen sei, daß die Umsiedlung von 200 000 Menschen auch tatsächlich bis zum Herbst oder spätestens bis Ende des Jahres verwirklicht werde. Lukaschek erwiderte, daß er nicht daran denke, die Trecks zu verhindern, sondern im Gegenteil jede Initiative begrüße, die eine Umsiedlung vorantreibt.
Die Treckvereinigungen wollen die begonnene Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium aufrechterhalten. Sie werden den Ländern Vorschläge für die Umsiedlung unterbreiten. Schließlich wurde von ihnen behauptet, daß etwa vier Millionen Flüchtlinge „am falschen Platz“ seien.

Wieder Interzonenhandel?
In Bonn hofft man auf eine baldige Wiederaufnahme des Interzonenhandels. Die Verhandlungen in Berlin, bei denen es im wesentlichen um Verkehrsprobleme geht, sollen bisher günstig verlaufen sein, so daß mit einem Abschluß der Besprechungen in wenigen Tagen gerechnet werden könne. Es wurde in diesem Zusammenhang nochmals darauf hingewiesen, daß sowohl die Bundesrepublik als auch die Vertreter der Sowjetzone an einer baldigen Wiederaufnahme des Interzonenhandels interessiert seien.

Steht Treffen Acheson-Adenauer bevor?

Zwei Außenminister-Konferenzen im Februar - Schäffer fährt nach Paris

Bonn (UP). Washingtoner Berichte der „Neuen Zürcher Zeitung“ über ein etwaiges Zusammentreffen zwischen Außenminister Acheson und Bundeskanzler Adenauer noch vor der Lissaboner NATO-Konferenz am 16. Februar sind in Bonner Regierungskreisen mit Interesse aufgenommen worden. Offizielle Anzeichen, daß die Amerikaner ein solches Treffen herbeiführen wollten, liegen noch nicht vor.

Man macht in Bonn in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß der Bundeskanzler vermutlich Anfang Februar noch einmal nach Paris reisen wird, um an der vorgesehenen nächsten Außenminister-Konferenz der Europa-Armee-Staaten teilzunehmen. Bei dieser Gelegenheit könnte in Paris unter Umständen ein solches Treffen Adenauer mit Acheson stattfinden. Überdies soll nach Meldungen aus London voraussichtlich am 13. und 14. Februar eine Konferenz der Außenminister der Westmächte stattfinden, auf der das Verhältnis der Europa-Armee zur NATO und der deutsche Wunsch nach Beteiligung am Atlantikpakt besprochen werden sollen. Als Tagungsort ist London vorgesehen.
Bundesfinanzminister Schäffer wird voraussichtlich innerhalb der nächsten zwei Wochen nach Paris reisen, um dem Sonderausschuß des Atlantikpakts, den sogenannten „drei Weisen“, über die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik bezüglich eines finanziellen Verteidigungsbeitrags zu berichten. Bei diesen Besprechungen werden auch Vertreter der alliierten Hochkommission anwesend sein, um ihren Standpunkt darzulegen.
Im Bundesfinanzministerium wird zur Zeit an der Fertigstellung eines Memorandums über die Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik gearbeitet, das nach Billigung durch das Kabinett den „drei Weisen“ zugehen soll. Die Zeit drängt deshalb, weil das Gutachten des NATO-Sonderausschusses als Grundlage für einen Übergangshaushalt der Europa-Armee dienen soll, der nach Möglichkeit zusammen mit dem Vertrag über die Errichtung der europäischen Verteidigungsgemeinschaft noch vor der NATO-Konferenz in Lissabon fertiggestellt werden soll.

Der Bundesfinanzminister wird den NATO-Sonderausschuß davon zu überzeugen versuchen, daß die von den Alliierten wiederholt genannte Summe von 13 Milliarden DM im Jahr als Globalbeitrag für die Bundesrepublik angesichts der sozialen Lasten zu hoch ist. Man hält in Bonn daran fest, daß die Summe der jetzigen Besatzungskosten von rund 8 Milliarden DM der höchsten Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik etwa ent-

spricht, zumal im nächsten Haushaltsjahr mit einem Ansteigen der Soziallasten des Bundes um eine Milliarde DM auf insgesamt 8,5 Milliarden zu rechnen ist.

Ausgangspunkt der Berechnungen der Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik ist nach Mitteilung von Sachverständigen die gleichmäßige Behandlung der an der Verteidigung des Westens teilnehmenden Länder. Für den Übergangshaushalt der Verteidigungsgemeinschaft würde die Bundesrepublik etwasmäßig die Besatzungskosten plus einem Nachtrag leisten. Man hofft im Bundesfinanzministerium, daß die Besatzungskosten durch Einsparung von überflüssigen Ausgaben verringert werden können. Die Differenz zwischen der Globalsumme und der Höhe der Besatzungskosten soll dann in einem Nachtragshaushalt bereitgestellt und in die Europa-Kasse gezahlt werden.

Das deutsche Verlangen nach einem Mitspracherecht im Atlantikpakt sei keine Prestigefrage, schreibt der CDU-Pressedienst, sondern beruhe auf der Erkenntnis der Notwendigkeit für die Bundesrepublik, auch dort wirksam vertreten zu sein, wo die politischen und strategischen Entscheidungen über die Verwendung der Europa-Armee, einschließlich der deutschen Truppen, fielen. Die deutsche Forderung sei in keiner Weise in Verbindung zu bringen mit der Ernennung Grandvals zum französischen Botschafter an der Saar.

Das Direktorium der Deutschen Partei hat sich für einen Verteidigungsbeitrag „im Rahmen einer europäischen Abwehrgemeinschaft“ und für die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ausgesprochen. Die DP setzt dabei die unbedingte Gleichberechtigung der Bundesrepublik voraus.

Der Verkauf von Reparationsgütern, die Australien von Deutschland erhielt, erbrachte der australischen Regierung 1,2 Millionen Pfund Sterling.

Sidney George Holland, der Premierminister von Neuseeland, wird vom 5. bis 9. Februar der Bundesrepublik einen Besuch abstatten.

Zwischen dem VdK (Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner) und dem Reichsbund der Kriegs- und Zivilbeschädigten sind zur Zeit Verhandlungen über einen Zusammenschluß im Gange.

Die alliierten Besatzungsgruppen in Österreich werden, wie in Washington versichert wird, nicht vor Abschluß eines Viermächtevertrages abziehen.

Frankreichs zwei Fronten

Von Paul Bourdin

Frankreich führt seit Jahren einen harten, hohen Menschen- und Materialopfer kostenden Krieg in Indochina und mit der Dauer dieses Kampfes wächst das Unbehagen, mit dem man jenseits des Rheines die deutsche Wiedererstarkung sieht. Die Stimmen, die eine Beendigung des Krieges in Indochina verlangen, mehren sich. Das stärkste Argument, das angeführt wird, lautet: „Ohne das indochinesische Problem könnten wir heute zwanzig Divisionen in Westeuropa haben“. Das ist nach der „New York Times“ die These, die der Generalinspektor der französischen Streitkräfte, General Juin, in der Konferenz der Stabschefs im Pentagon gegenüber seinen amerikanischen und englischen Kollegen, General Bradley und Marshall Slim, vertreten hat. General Juin ist gleichzeitig im Rahmen der atlantischen Organisation Oberbefehlshaber des Mittelabschnittes von der Nordsee bis zu den Alpen und als solcher besonders an einer starken Streitmacht in Westeuropa interessiert.

Er fürchtet, wie alle Franzosen, daß in der geplanten Europa-Armee, der in erster Linie die Verteidigung dieses kontinentalen Mittelabschnittes obläge, Frankreich nicht in der Lage sein wird, das größte Kontingent zu stellen, nämlich sechzehn Divisionen, und daß die in Aussicht genommenen zwölf deutschen Divisionen das Übergewicht erlangen könnten. Die Befürchtungen der französischen Politiker gehen noch weiter, sie sehen bereits die Vorherrschaft Frankreichs in der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, das heißt auf dem Kontinent, bedroht, dies um so mehr, als ihnen die Garantien gegen die deutsche Wiederaufrüstung in der heutigen Form des Pleven-Plans nicht mehr gegeben zu sein scheinen. Die militärischen Erfordernisse so wohl wie die Notwendigkeiten der deutschen Gleichberechtigung haben ihrer Meinung nach das Netz, in dem die deutsche Aufrüstung nach dem ursprünglichen Plan aufgefangen werden sollte, zu sehr gelockert.

Je näher die Konferenz des Atlantikrats rückt, die den Vertragstext für die europäische Verteidigungsgemeinschaft und damit die deutsche Aufrüstung billigen soll, um so stärker melden sich die französischen Widerstände zu Wort. Mit einer gewissen Erleichterung ist denn auch der Sturz der Regierung Pleven aufgenommen worden, der zu einer Verschiebung des drohenden Termins der Lissaboner Atlantikratsitzung geführt hat. Neuestens tauchen sogar Gerüchte auf, die drei Westmächte, Amerika, England und Frankreich, müßten vor der Konferenz von Lissabon noch einmal Gelegenheit haben, grundsätzlich über die Wiederaufnahme Deutschlands zu sprechen.

Wenn es in den Gerüchten heißt, die Bonner Diplomatie sei offenbar zu weit vorgepresst, so heißt das einen deutschen Sündenbock für einen französischen Schwächeanfall suchen. Deutschland hat sich zur Wiederaufrüstung immer nur gedrängt gefühlt und so empfunden es noch heute. Der deutsche Sicherheitsbeauftragte Blank hat in den letzten Tagen einige Zahlen genannt, die die öffentliche Meinung in Frankreich und offenbar auch in England erschrecken haben; die öffentliche Meinung in Deutschland kann ihm höchstens den umgekehrten Vorwurf machen, nämlich, daß er sie allzu lange darüber im Unklaren gehalten hat, was den Deutschen bevorsteht. Von Vorprellen der Bonner Diplomatie kann also keine Rede sein.

Die Verbindung zwischen dem Krieg Frankreichs in Indochina und der deutschen Aufrüstung mag überraschen, sie ist für die Franzosen eine Realität. Nachdem der Versuch, aus diesem Kolonialkrieg einen Bestandteil des Ost-West-Konflikts zu machen und dafür die amerikanische Unterstützung zu erlangen, auf der Konferenz der Stabschefs in Washington wieder einmal gescheitert ist, verstärken sich in Frankreich die Widerstände gegen die deutsche Aufrüstung, der man sich infolge der anhaltenden Abblutung in Indochina nicht gewachsen fühlt.

Die Debatte über die europäische Verteidigungsgemeinschaft, zu der sich die gestürzte Regierung Pleven gegenüber der Nationalversammlung verpflichtet hat, wird zeigen, wie stark diese Widerstände geworden sind. Denn auch die nächste französische Regierung wird, bevor sie dem Atlantikrat in Lissabon den Vertragstext vorlegt, der die deutsche Wiederaufrüstung enthält, die Ermächtigung der Nationalversammlung einholen müssen.

Zum Tode verurteilt wurden in einem Prozeß in Sofia zwei angebliche Spione, die aus Griechenland nach Bulgarien eingeschuggelt worden sein sollen.

Eine vertägliche Konferenz über Probleme von gemeinsamem Interesse begann in Istanbul zwischen dem griechischen Außenminister Venizelos und leitenden Beamten der türkischen Regierung.

Bundespräsident Professor Theodor Heuss wird am 31. Januar 68 Jahren alt. Er feiert seinen Geburtstag im engsten Familienkreise.

Kommerzienrat Röching hat seine Besitzanteile an Montanbetrieben im Saargebiet an den amerikanischen Stahlkonzern „Bethlehem Steel Corp.“ verkauft.

Hungerstreik deutscher Häftlinge

Amsterdam (UP). 38 deutsche Gefangene, die wegen angeblichen „Kriegsverbrechen“ in dem holländischen Gefängnis Norderhaven bei Groningen längere Freiheitsstrafen abzusitzen haben, sind nach einer Meldung der Zeitung „Het Parool“ in der vergangenen Woche in einen Hunger- und Arbeitsstreik getreten. Sie wollten dadurch gegen die Sonderstrafe protestieren, die einem ihrer Kameraden wegen angeblich schlechter Führung auferlegt worden war. Nach einer Unterredung mit dem Gefängnisdirektor hätten die meisten Gefangenen den Streik aufgegeben. Nur neun Mann seien bei ihrem Entschluß geblieben. Sie wurden daraufhin in ein anderes Gefängnis übergeführt. Nähere Einzelheiten über die Ursachen des Streiks sind bisher nicht bekannt geworden.

Letzte IRO-Flüchtlinge ausgewandert

Bremerhaven (UP). Die letzten 1300 von der IRO betreuten Auswanderer verließen an Bord des US-Transporters „General Haan“ Europa. Mit der Fahrt dieses Schiffes nach New York findet die Arbeit der IRO und damit die bisher größte planmäßige Auswanderungsaktion der Geschichte ihr Ende. Insgesamt hat die IRO während ihrer 38monatigen Tätigkeit fast 1,1 Millionen Versleppte und gefährdete Personen in neuen Heimatländern angesiedelt. Während ihrer Tätigkeit hatte diese Organisation zeitweise eine Auswanderungsflotte von 38 Schiffen in Betrieb und beschäftigte über 2000 Personen.

Amerikanischer Chef der NATO-Flotte

Admiral McCormick Oberbefehlshaber — Briten wird Stellvertreter
London (UP). Der Rat der Außenministerstellvertreter der nordatlantischen Verteidigungsorganisation gab im Namen aller Paktstaaten die Ernennung des amerikanischen Admirals Lynde D. McCormick zum Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte bekannt. McCormick, zur Zeit Oberbefehlshaber der US-Flotteneinheiten im Atlantik, nominerte am gleichen Tage den britischen Oberkommandierenden in Westindien zu seinem Stellvertreter. McCormick wird sein Hauptquartier in Norfolk, dem Kriegshafen im amerikanischen Staat Virginia, aufschlagen.

Großbritannien hatte ursprünglich gegen die Besetzung dieses Postens durch einen Amerikaner starke Einwände erhoben, wobei Winston Churchill als damaliger Führer der Opposition besonders intensiv die Forderung nach einem britischen Oberkommandierenden verfocht. Anlässlich des kürzlichen Besuchs in Washington hatte sich jedoch der britische Premier den amerikanischen Wünschen gebeugt und sein Einverständnis für die Ernennung eines amerikanischen Oberkommandierenden gegeben. Washington vertrat den Standpunkt, daß den USA mit dem größten Flottenkontingent innerhalb der nordatlantischen Streitkräfte auch das Oberkommando zustehe.

Admiral Carney, der Oberbefehlshaber der NATO-Flotte im Mittelmeerbereich, ist in Nahel (Marokko) eingetroffen. Er wurde zusammen mit dem französischen Generalresidenten, General Augustin Guillaume, vom Sultan von Marokko empfangen.

In amerikanischen Regierungskreisen hofft man, daß die Zustimmung aller bisherigen Atlantikpaktmitglieder zur Aufnahme Griechenlands und der Türkei in die NATO so rechtzeitig vorliegt, daß die Außenminister dieser beiden Länder schon an der Lissaboner Konferenz des Außenministerrats teilnehmen können, die am 16. Februar beginnen soll. Die portugiesische Nationalversammlung hat die Aufnahme der beiden neuen Mitglieder gebilligt. Die italienischen Deputiertenkammer wird am Donnerstag darüber abstimmen.

Zivilverteidigung der Frauen

Ein Gesetz zur Heranziehung von 200 000 holländischen Frauen und Männern für die zivile Verteidigung wurde im niederländischen Parlament eingebracht. Danach sollen 37 000 Personen ständig für die Zivilverteidigung bereitstehen, 88 400 müssen einmal innerhalb von 12 Tagen zum Dienst, während weitere 66 400 Personen nur im Notfall herangezogen werden.

Die italienische Regierung de Gasperi erteilt zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit eine Abstimmungsanleihe in der umstrittenen Frage der Gehaltserhöhung für Staatsbeamte.

Hallstein konferierte mit McCloy

Vor der entscheidenden Kabinettsitzung - Appell an den Europa-Rat

Bonn (ZSH). Staatssekretär Hallstein und Hochkommissar McCloy erörterten in einer fast vierstündigen Konferenz die jüngste Entwicklung an der Saar und andere allgemeinpolitische Fragen. Wie Hallstein nach der Unterredung mitteilte, hat er kein formelles Ersuchen der Bundesregierung vorgetragen, die US-Regierung möge im Saarkonflikt zwischen Frankreich und Deutschland intervenieren.

An der Besprechung, die in einem Münchener Krankenhaus stattfand, in dem McCloy sich wegen seines Knöchelbruchs befindet, nahmen von deutscher Seite außer Professor Hallstein noch Staatssekretär Dr. Lenz und Ministerialdirektor Blankenhorn teil. McCloy war u. a. von seinem politischen Berater Samuel Reber begleitet. Die deutsche Delegation trat noch am Mittwochabend ihre Rückreise nach Bonn an; sie war am Morgen des gleichen Tages von dort nach München geflogen.

Hallstein wird dem Bundeskabinett am Donnerstag über die Besprechung mit McCloy Bericht erstatten. In dieser Kabinettsitzung, an der auch die Fraktionsvorsitzenden der Koalitionsparteien teilnehmen, werden vermutlich die ersten Beschlüsse der Bundesregierung über die weitere Behandlung des ganzen Saarpromblems gefaßt werden. Außer den Beratungen mit amerikanischen Vertretern sind bisher offenbar nur „Sondierungen“ bei den Engländern und ein Schritt beim Europa-Rat in Straßburg geplant. Die USA und

Großbritannien sollen gewonnen werden, ihren Einfluß zur Herbeiführung einer befriedigenden Lösung der Saarfrage geltend zu machen. Ob auch noch weitere Staaten — wie etwa die Benelux-Länder und Italien — eingeschaltet werden, steht noch nicht fest. Bonner Regierungskreise machten darauf aufmerksam, daß der Bundeskanzler schon während der Schumanplan-Debatte im Bundestag eine Demarche im Ministerrat des Europa-Rats wegen der Saar angekündigt hatte. Die Außenminister der im Straßburger Parlament vertretenen Nationen wollen am 3. und 4. März zu ihrer nächsten Routine-sitzung zusammenzutreten. Unstimmigkeiten betonen in diesem Zusammenhang, Dr. Adenauer denke nicht daran, die bekannten deutschen Forderungen in der Saarfrage irgendwie zu revidieren.

Das französische Hochkommissariat in Bonn bespricht die Äußerung Hallsteins vor der Bundespressekonferenz, die Saarregierung habe mit einem dritten Land ein sozialrechtliches Abkommen abgeschlossen und unterzeichnet, was eine Verletzung des Saarstatus gewesen sei. Frankreichs Hochkommission erklärte dazu: „In Wirklichkeit wurde das Sozialabkommen, auf das Professor Hallstein anspielte, im Namen der Saar von Frankreich auf Grund der ihm durch die saarländische Verfassung sowie die französisch-saarländische Generalkonvention vom 3. März 1950 zuerkannten Befugnis abgeschlossen.“

USA unterstützen deutsche Wünsche nicht

Pressekonferenz Achesons - Kein Kommentar zum deutsch-französischen Konflikt

Washington (UP). Außenminister Acheson erklärte vor der Presse, er sei sicher, daß die Abkommen über die Beteiligung der Bundesrepublik an der Europa-Armee ausgearbeitet werden könnten, ohne daß dabei die künftige Stellung der Bundesrepublik zum Atlantikpakt präjudiziert wird.

Alle Anstrengungen sollten auf die Lösung der nächstliegenden Probleme gerichtet werden, ohne die Dinge zu rasch voranzutreiben. Acheson deutete damit an, daß die USA zur Zeit die Aufnahme der Bundesrepublik in den Atlantikpakt nicht begünstigen. Die deutsche Delegation, fuhr der Außenminister fort, habe in Paris einige Vorschläge zur Stellung der Bundesrepublik zu den anderen Partnern der geplanten europäischen Verteidigungsgemeinschaft unterbreitet, die auf den Abschluß eines Abkommens hoffen ließen. Im übrigen sei er nicht in der Lage, einen brauchbaren Kommentar zur Auffassung der USA über die Stellung Deutschlands zu Atlantikpakt zu geben.

Acheson lehnte es ab, sich zur amerikanischen Ansicht zum deutsch-französischen Konflikt über die Saar zu äußern. Die Ernennung eines französischen Botschafters an der Saar gehe die USA nicht direkt an. Er hoffe aber, daß die französische Politik bezüglich der Zukunft der Saar keine unnötigen Pro-

bleme für Europa aufwerfen würde. Die USA seien amtlich von der Ernennung des französischen Botschafters nicht unterrichtet gewesen. Acheson deutete jedoch an, daß man dies auch nicht erwartet habe. Acheson lehnte es ab, sich darüber zu äußern, ob die USA bereit seien, ihre guten Dienste für eine baldige Lösung des Saarpromblems zur Verfügung zu stellen.

Die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa und die Erkenntnis, daß die USA nicht die Absicht hätten, Europa überrennen zu lassen und dann zu befreien, habe den europäischen Staaten einen außerordentlichen Auftrieb gegeben. Acheson deutete an, daß die amerikanische Regierung die Ansichten des früheren Präsidenten Hoover nicht teile. Hoover hatte sich für den baldigen Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa ausgesprochen und eine weitere Entsendung amerikanischer Kontingente nach dorthin abgelehnt.

Die USA würden jede Möglichkeit zur Wiederaufnahme der Verhandlungen über den Viermächte-vorschlag zur Verteidigung des Nahen Ostens, der im vergangenen Oktober von Ägypten abgelehnt worden war, begrüßen, es sei ihm aber offiziell nichts darüber bekannt, daß die neue ägyptische Regierung zur Aufnahme solcher Verhandlungen bereit sei.

England will sich nicht binden

Churchill berichtet über Washington - Verhandlungen - Hauptsorge bleibt Europa

London (UP). Der britische Premierminister Winston Churchill versicherte vor dem britischen Unterhaus in einem Bericht über seine Unterredungen mit Präsident Truman in Washington, daß er, Churchill, in Washington keinerlei feste Verpflichtungen gegenüber den USA hinsichtlich des Fortgangs der Ereignisse auf dem koreanischen Kriegsschauplatz und der Waffenstillstands-Verhandlungen in Pan Mun Jon übernommen habe.

In der augenblicklichen politischen Situation wolle er Großbritannien nicht in einen Krieg in Korea, geschweige denn in einen mit dem kommunistischen China verwickelt sehen. Sollte das geschehen, so erhielten die Worte des Vorsitzenden des Gremiums der US-Stabschefs, General Bradley, ihren realen Sinn von dem „falschen Krieg am falschen Ort zu einer falschen Zeit“.

Wenn er vor dem amerikanischen Kongress von einer „prompten, resoluten und wirkungsvollen“ Handlungsweise für den Fall des Bruchs eines in Korea erzielten Waffenstillstandsabkommens gesprochen habe, so sei das nur als ein Charakteristikum des Geistes zu verstehen, der die USA und Großbritannien verbindet. Reale Verpflichtungen knüpften sich jedoch entgegen der oft versuchten Interpretation nicht an diese Formulierung. Mit ihnen soll nur die feste Front verdeutlicht werden, die Großbritannien und die USA gemeinsam zur Überwindung der herrschenden Schwierigkeiten gebildet haben.

In diesem Zusammenhang gab der britische Premierminister bekannt, daß sich zur Zeit im Fernen Osten, in Südostasien und am Suezkanal rund 26 Divisionen der Westmächte befinden. Diese Streitkräfte würden genügen, in Europa eine Abwehrfront gegen die sowjetische Drohung zu bilden. Der kommunistische Druck in den östlichen Staaten habe die Westmächte gezwungen, einen großen Teil ihrer Streitkräfte außerhalb Europas zu stationieren.

Seine eigenen Gedanken seien bei den Verhandlungen in Washington niemals von den europäischen Problemen abgewichen, auf die er während seiner Regierungszeit sein Hauptaugenmerk richten werde. Er habe in Washington mit Genugtuung empfunden, daß die englisch sprechende Welt in fester Loyalität zusammensteht. In diesem Zusammenstehen werde sie versuchen, die lokalen Konflikte im Fernen Osten in das rechte Verhältnis zu der vorherrschenden Gefahr in Europa zu rücken.

Der britische Premierminister führte dann weiter aus, die Männer im Kreml könnten sich beglückwünschen. Nicht nur dafür, daß sie fast die Hälfte Europas und ganz China überrannt hätten, sondern auch dafür, daß sie überall auf der Welt über weit stärkere Kräfte verfügten, als die Atlantikpaktmächte bisher zur Verteidigung der Zivilisation des Westens aufbringen könnten.

Labour kritisiert Sparprogramm
Die Labour-Opposition im britischen Unterhaus griff die vorgeschlagenen Einschränkungsmaßnahmen der britischen Regierung scharf an und forderte Churchill zu einem Vertrauensvotum im Zusammenhang mit seinem neuen Austerität-Programm heraus. Die Abstimmung hierüber wird am Donnerstag erfolgen. Es scheint jedoch dank der Unterstützung seitens der Liberalen mit einem sicheren Sieg der Konservativen gerechnet zu werden.

Der ehemalige Schatzkanzler Gaitkell machte seinem Nachfolger Butler den Vorwurf, er habe es so hingestellt, als hätte die Labour-Party Großbritannien an den Rand des Bankrotts gebracht. In Wirklichkeit seien es jedoch die Weltwirtschaftsbedingungen, das Emporschnellen der Preise auf den Weltmärkten, die Aufrüstung, die Kosten, die der koreanische Krieg verschlinge, und der Verlust des iranischen Öls.

Kairo mit Nahostpakt einverstanden

Wenn Westmächte entgegenkommen zeigen — Stevenson bei Faruk
Kairo (UP). Die ägyptische Regierung gab bekannt, daß sie mit dem Prinzip eines Verteidigungskommandos im Nahen Osten einverstanden sei. Dies sei — im Rahmen der Charta der UN — ein Teil der gesamten ägyptischen Angelegenheit.

Ministerpräsident Maher Pascha steht, wie ein Regierungssprecher erklärte, persönlich auf dem Standpunkt, daß Ägypten eine Teilnahme am geplanten Nahost-Pakt durchaus erwägen könne, wenn dafür die anderen Mächte Ägypten in anderen Punkten entgegenkämen.

Maher erklärte sich in einem Interview mit einer Londoner Zeitung mit einem Vermittlungsversuch durch eine dritte Macht einverstanden und versprach, sein Möglichstes zu tun, um die Atmosphäre in der Suezkanalzone und in Kairo zu beruhigen und für neue Verhandlungen mit Großbritannien vorzubereiten.

Der neue ägyptische Ministerpräsident empfing den britischen Botschafter Sir Ralph Stevenson und den amerikanischen Botschafter, Jefferson Caffery, zu kurzen Unterredungen. Später empfing Maher Pascha auch die Botschafter Frankreichs und der Türkei. Der britische Botschafter, Sir Ralph Stevenson, wurde auch von König Faruk zu einer Unterredung empfangen.

Hautecloque beim Bey von Tunis

Tunis (UP). Der französische Generalresident General Jean de Hautecloque überreichte dem Bey von Tunis eine Note mit neuen Vorschlägen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen der Protektorsregierung und Frankreich. Wie von informierter Seite verlautet, soll dem Bey in der Note nahegelegt worden sein, die tunesische Delegation aus Paris abzuberufen, die dort die UN-Generalversammlung für die tunesische Sache zu gewinnen sucht. Sobald die Regierung Tunesiens diesem Wunsche nachgegeben sei, sollen der Note zufolge neue Verhandlungen aufgenommen werden. Abgesehen von kleineren Sabotageakten arabischer Freischärler herrscht in allen Teilen des Protektorates wieder Ruhe und Ordnung.

Iran verkauft Öl zu Schleuderpreisen

Erste Kunden: Ungarn und Italien
Teheran (UP). Die iranische Regierung hat beschlossen, Ölkäufern eine Preisermäßigung von 50 Prozent zu gewähren. Diese Vergünstigung wird sich aber zunächst nur auf zwei Millionen Tonnen Öl beziehen. Die Regierung hat sich zu dieser Maßnahme entschlossen, da das Finanzministerium nicht mehr in der Lage war, die Ölindustrie zu finanzieren. In Teheran wird darauf hingewiesen, daß der Iran bei dieser Preisermäßigung immer noch mehr gewinnen würde, als wenn er sich mit dem britischen Angebot einer Gewinnsteigerung von 30-50 einverstanden erklärt hätte.

Wie weiter verlautet, ist an Italien bereits Öl zu stark ermäßigtem Preis verkauft worden. Auch mit Ungarn wurde ein Handelsabkommen gebilligt, das iranische Öllieferungen vorsieht.

Weitere Konzessionen der Kommunisten

UN-Unterhändler immer noch nicht zufrieden
Seoul (UP). Die kommunistischen Unterhändler in Pan Mun Jon erklärten sich bereit, der monatlichen Ablösung von 25 000 Mann alliierter Truppen nach der Unterzeichnung des Waffenstillstandes zuzustimmen. Die Alliierten lehnten jedoch diese Konzession — die Roten hatten bisher nur der Ablösung von 5000 Mann zugestimmt — als unzureichend ab. Die Verhandlungen über das Abkommen zur Überwachung des Waffenstillstandes machten geringe Fortschritte. Die Kommunisten legten einen eigenen Plan vor, der in die Beratung mit einbezogen wurde. In ihm schlagen sie überraschenderweise eine chinesische Beteiligung an der Zivilverwaltung der entmilitarisierten Zone vor. Am Dienstag hatten sie noch angedeutet, daß chinesische Vertreter in der Verwaltung nicht beteiligt sein sollen. An der Front kam es zu örtlichen Gefechten.

Der kommunistische Sender Pjongjang behauptete, daß vier amerikanische Militärflugzeuge Giftgasbomben auf das nordkoreanische Bergdorf Munchon abgeworfen hätten. Angeblich sollen 83 Personen vergiftet worden sein.



Ali Maher Pascha der neue ägyptische Ministerpräsident, Militärgouverneur und Minister für Äußeres, Krieg und Marine

Bewährungshilfe für Jugendliche

Gemildertes Strafrecht vom Kabinett angeregt

Bonn (UP). Die strafrechtliche Behandlung von Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren soll nach einem jetzt vom Bundeskabinett verabschiedeten Änderungsgesetz zum Reichsjugendgesetz von 1943 in Zukunft unter bestimmten Voraussetzungen milder gehandhabt werden. Nach Auskunft eines Sprechers des Bundesjustizministeriums sieht dieser Gesetzentwurf für die genannten Altersstufen, die bisher grundsätzlich dem Erwachsenenstrafrecht unterstanden, unter anderem eine „Bewährungshilfe“ vor. Dabei solle dem Jugendlichen entweder vor dem Urteilspruch oder vor der Strafvollstreckung eine Bewährungsfrist eingeräumt werden. Mit dieser Methode habe man im Ausland, besonders in England, sehr gute Erfahrungen gemacht.

Diese „Bewährungshilfe“ ist jedoch von Bedingungen abhängig. Entweder muß der Jugendliche zu den sogenannten Spätentwickelten gehören, also in der geistigen Entwicklung hinter seinem Alter zurückgeblieben sein, oder es muß sich um eine „Jugendverfehlung“, um eine Art „Dumme-Jungen-Streich“ handeln. Eine dritte Möglichkeit für mildernde Umstände besteht, wenn dem Jugendlichen durch Kriegseinflüsse keine ordnungsmäßige Erziehung zuteil wurde. Zur Überwachung der Jugendlichen während der „Bewährungshilfe“ sollen hauptamtliche Bewährungshelfer

verwendet werden, die ihren Schützling beaufsichtigen und ihm mit Rat und Tat zur Seite stehen sollen, um ihn wieder vollwertig in die Gemeinschaft einzugliedern.

Dehler: Staatssouveränität gefährdet
Gegen die Gefährdung der staatlichen Souveränität und Überwachung des demokratischen Parteilebens durch die Innenpolitik einer Fülle von berufständischen Organisationen und anderen außerparlamentarischen Gruppen“ wandte sich Bundesjustizminister Dr. Dehler in einer Rede über den Bayerischen Rundfunk. „Die politischen Akteure der parlamentarischen Demokratie können nur die Parteien sein“, sagte Dehler. „Nur ihnen kommen die politischen Entscheidungen zu, die sie ohne Druck von außen treffen müssen.“ Zur politischen Wirksamkeit seien nur die vom Volk gewählten Parlamente berufen. In diesem Zusammenhang kritisierte der Minister die Gewerkschaften, die es verstanden, die in der Bundesverfassung niedergelegten Grundrechte dem einzelnen vorzuenthalten. So werde das Streikrecht praktisch ausschließlich von den Gewerkschaften gehandhabt. Das sogenannte innerbetriebliche Mitbestimmungsrecht werde ebenso von ihnen in Anspruch genommen wie ein überbetriebliches. Die Folge davon sei eine Verkümmern des Parteilebens

Aus der Stadt Etlingen

Im Hornung Schnee und Eis...

Bei den Bauern hat der Februar seine besondere Bedeutung. Für das kommende Jahr war es der Losmonat. Mit dem Lichtmeßtag (2. Februar) galt der Winter für den Bauern als abgeschlossen. Die Spinnabende hören auf, die gesponnenen Garne werden zum Weber gebracht, Geräte und Geschirre werden überprüft und für die bevorstehende Feldarbeit hergerichtet. In früheren Zeiten umschritt der Bauer seinen Besitz, um sich umzusehen, ob sein Gut durch unrechtmäßiges Versetzen der Grenzsteine vom bösen Nachbarn nicht geschmälert wurde. Mit dem Jahre 1813, der katastermäßigen Festlegung des Grundbesitzes, wurde das im Februar durchgeführte Umschreiten des bäuerlichen Besitzes überflüssig.

Von den alten Deutschen wurde der Februar „Spörkelmonat“ genannt. Der Name Februar leitet sich, wie die Namen vieler anderer Monate, von einer Gottheit ab. Die römische Juno Februus gab dem Monat den Namen, der für uns Heutige ohne Sinn und Bedeutung ist. Der Juno zu Ehren feierte man im alten Rom besondere Reinigungs- und Sühnezeremonien. Ein ähnliches Fest feierten die Germanen. Aus diesem uralten Brauchum leitet sich auch das Wort ab: „Im Februar führen die Frauen das Regiment“ (Weiberfastnacht).

Da mit dem „aufsteigenden Licht“ der Bauer sein Augenmerk auf die Feldarbeit richten muß, nehmen die Bauernregeln weitgehend Bezug auf Wetter und Erntevorhersage. „Februar Schnee und Regen kündigt an den göttlichen Segen!“ Der Bauer wünscht sich einen strengen Februar, um eine gute Ernte erwarten zu können.

„Im Hornung Schnee und Eis macht den Sommer heiß!“ Wehe aber, wenn es anders ist: „Friert's nicht im Hornung ein, wird's ein schlechtes Kornjahr sein!“

Steuertermine für Februar

- 11. Februar: Lohnsteuer, Anmeldung und Abführung der im Januar einbehaltenen Lohnsteuer (nur Monatszahler). Die auf Grund des Lohnsteuer-Jahresausgleiches für 1951 erstatteten Beträge sind abzurufen. Notopfer Berlin abführen von Lohn- und Gehaltszahlungen für Januar (nur Monatszahler). Umsatzsteuer-Voranmeldung für Monat Januar abgeben und Vorauszahlung entrichten (nur Monatszahler). Vermögenssteuer, Entrichtung der 1. Rate für 1952. Getränke- und Vergütungssteuer, Steuererklärungen für Januar einreichen und Steuer entrichten. Beförderungsteuer im Personen- und Gepäckverkehr mit Personenkraftwagen, Nachweisung für Januar einreichen und Steuer entrichten (Monatszahler). 13. Februar: Grundsteuer, Vorauszahlung leisten für Februar. Gewerbesteuer, Rate für 1. Quartal 1952 entrichten. 20. Februar: Seforthilfsabgabe, Entrichtung der letzten Rate für 1951/52. Landwirte entrichten zu diesem Termin einen Vierteljahresbetrag. 25. Februar: Beförderungsteuer im Güterverkehr mit Lastkraftwagen, Nachweisung für Januar einreichen und Steuer entrichten (Monatszahler).

Deutsche Soldatengräber in England

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist nunmehr im Besitze aller Listen von deutschen Soldatenfriedhöfen des Krieges 1939/45, die auf englischem Boden liegen, sowie aller deutschen Soldatengräber, die sich auf britischen Friedhöfen im Ausland befinden. Auskünfte über Grablagen erteilt der Landesverband Oberrhein in Konstanz, Münsterplatz 2.

Nach Durlach

Zur Beerdigung von Maurermeister Holzappel fährt die „Albtalperle“ am Samstag, 13.15 Uhr ab Herz-Jesu-Kirche.

Kesselexplosion ohne Verletzungen

Im Maschinenhaus eines Betriebs auf dem Industriegebäude explodierte am Mittwoch gegen Mittag ein vor kurzem eingebauter Niederdruckkessel.

Durch eine glücklichen Zufall waren in diesem nicht voraussehenden Augenblick keine Menschen in der Nähe des Kessels, dessen Explosion sonst mehrere Opfer gefordert hätte. Eine Giebelwand wurde durch den gewaltigen Druck umgelegt. Der Sachschaden wird auf 15.000 DM geschätzt.

Elternsonntag der Volksschule Langenstelsbach

Schülerinnen und Schüler legen Zeugnis ab von ihrer Hand- und Bastelarbeit.

Die am Sonntag durchgeführte Ausstellung der Volksschule war für Lehrer und Schüler ein voller Erfolg. Die Schau wurde am Vormittag mit dem Schülerchor „Das deutsche Lied“ eröffnet; hierauf begrüßte Rektor H. Rabold die erschienenen Gäste herzlich. Auch Bürgermeister Schwan richtete an die Schüler und ihre Erzieher einige Worte. Was gab es da nicht alles zum anschauen, das Knabenhände gebastelt und Mädchenhände gestrickt, gehäkelt und zum Versuchen gekocht haben: vom kleinsten ausgesägten Briefständchen über den Starenkasten zum Vogelhaus und Segelflugmodell so wie vom Topflappen über den Fingerhandschuh zur ausgestickten Tischdecke. Doch das war noch lange nicht alles; die Schüler legten auch in zahlreichen Bildern ihr Talent zum Zeichnen und Malen vor. Und zum Schluß wurden alle die reizvollen Arbeiten verlost. Die Ausstellung war von seiten der Bevölkerung sehr gut besucht und damit der gesamten Lehrerschaft zur Anerkennung geworden, was sie auch wirklich und mühsam verdient hat.

Du und die Musik

Über dieses Thema sprach am 28. Jan. Lehrer Ludwig Karle in der gut besuchten Wochenversammlung der Kolpingsfamilie. Der Urheber der Musik ist der Schöpfer selbst, der dem Menschen die Stimme und das Ohr gab. An Hand von Stellen aus dem „Buch der Sitten“ des Confucius und der „Politika“ des Aristoteles zeigte der Redner die Auffassung des Altertums vom Wesen der Musik auf. Beide betonten die Bedeutung der Musik für die Ethik. Auch im Mittelalter hatte die musische Erziehung einen weiten Raum. Erst in der neueren Zeit mit ihrer Intellektualisierung und Technisierung wies der Musik eine Aschenbrödelrolle zu, während doch gerade unsere aus den Fugen geratene Zeit der der Musik innewohnenden Ordnungsfaktoren so dringend bedarf. Aber nicht nur auf den einzelnen übt die Musik formende Wirkung aus, sie ist auch in hohem Gemeinschaftsbildend und schafft Gemeinschaft. Trotz der Verschiedenheit der einzelnen Hörer führt sie gerade das gemeinsame Erleben eines überzeitlichen Kunstwerks zusammen. Allerdings kann die Musik auch mißbraucht werden, wenn etwa totalitäre Staaten sie ganz in den Dienst ihrer Propaganda stellen, wie wir es im Dritten Reich erlebt haben und wie es heute in der Ostzone vielfach der Fall ist. Dazu gehört auch die einseitige Inanspruchnahme der Mu-

sik zur Erregung der Leidenschaft. Wenn wir wieder ein positives Verhältnis zur Musik gewinnen sollen, dann muß ein weitgehendes Musikverständnis Einzug halten. Die Musik muß wieder ins Volk. Warum sterben die Volksschöre aus? Warum erhalten die Kirchenchöre so schwerlich Nachwuchs? Warum ist das Lied fast ganz geschwunden aus den Werkstätten? Weil unser Zeitalter amüsich geworden ist. Nicht jeder, der sich, weil er kein Instrument spielen und im Singen nicht trefflicher ist, für unmusikalisch hält, ist es tatsächlich. Es gibt neben den Musikgestaltenden, die man oft allein als musikalisch gelten lassen will, eine große Schar der Musikhörenden, die, wie Versuche ergaben, ein oft verblüffendes Musikverständnis bewiesen haben. Bildung des Geschmacks und Aufruf zu kritischer Stellungnahme werden einen bedeutenden Raum in der Musikerziehung einzunehmen haben.

In der dem Vortrag folgenden Diskussion konnten noch einige weitere praktische Fragen geklärt werden. Die Ausführungen des Redners wurden umrahmt durch Darbietungen der Mandolinenabteilung, die seit ihrem Bestehen sich bemüht hat, die von Referenten geforderte Pflege edler Musik sich angelegen sein zu lassen und Musikfreunde unter die Jugend zu tragen.

Steuern gefährden Laienchöre

Protest beim Bundesfinanzministerium

Der „Deutsche Allgemeine Sängerbund e. V.“ (DAS) hat in einer Eingabe an den Bundesfinanzminister gegen die steuerliche Belastung der Chöre in der Bundesrepublik protestiert und die Befreiung des gesamten Chores von der Umsatzsteuer gefordert. In der Eingabe, die gleichzeitig auch dem Bundestag, der ständigen Konferenz der Kultusminister und dem Deutschen Städtetag zugeleitet wurde, stellte der „DAS“ im Namen der 12.000 Chöre in Westdeutschland mit ihren 600.000 Mitgliedern fest, daß das gesamte Chorwesen bei gleichbleibender steuerlicher Belastung zum Erliegen kommen werde. Das als kulturell wertvoll anerkannte, auf gemeinnütziger und freiwilliger Basis tätige Chorwesen dürfe nicht weiterhin durch Umsatz-, Körperschafts- und Gewerbesteuer sowie durch die Zahlungsverpflichtung zum Notopfer Berlin in eine katastrophale Lage hineinmanövriert werden. Mit seinem Untergang würde das deutsche Musikleben um

einen seiner wesentlichsten Aktivposten ärmer werden.

Der Präsident des „DAS“, Hermann Kutschke, erklärte hierzu, die Laienchöre seien weder Totengesellschaften noch Karnevalvereine. Ihre Veranstaltungen seien niemals ein Überschußgeschäft. Die Mitgliedsbeiträge von 60 Pfennig jährlich für den Sängerbund reichten kaum aus, um die Ausgaben zu decken. Das kulturfördernde Sängeren sei zu einem finanziellen Risiko geworden und könne nur durch das Verständnis des Bundes und der Länder wieder zu seiner alten wahren Bedeutung kommen. Ein im Dezember 1950 an den Bundesfinanzminister gerichteter Antrag auf Gewährung einer Freigrenze von 6000 DM jährlich für die vom Deutschen Allgemeinen Sängerbund zu zahlende Umsatzsteuer war mit der Begründung abgelehnt worden, daß dies nach den bestehenden Gesetzen nicht möglich sei.

Genug des Unfugs

Mit Übermut gegen Lattenzaun

Auf dem Weg zwischen Kaserne und Stadt, vor allem auf dem oft benetzten Heimweg suchen sich seit längerer Zeit die Kasernenbewohner eigenartige Objekte für ihren Mutwillen. In der Durlacher Straße sind an dem langen Lattenzaun der Gärtnerei Schlager viele Dutzende von Latten zerbrochen. Oft wurde die Familie Schlager nachts aus dem Schlaf geweckt, weil wieder Latten unter großem Krach zerstört wurden. Wie kommt es zu diesem Zerstörungswerk, das übrigens auch in der Karlsruher Straße am Zaun der Firma Schneiderfilz zu beobachten ist und ständig neue Reparaturen erfordert. Bei schmalen Latten schafft man es mit den Stiefeln. Bei breiteren Brettern fassen sich mehrere eng an und werfen sich mit gemeinsamer Wucht gegen den Zaun, bis er dem Druck nachgibt. An Verletzungen, die sie durch solche „Leistungen“ erlitten, sind einige der Täter schon erkannt worden. Die Besatzungsangehörigen scheinen ganz zu vergessen, daß sie bei uns ein Land der persönlichen Freiheiten vertreten, in dem der private Besitz unantastbar ist. Warum verletzen sie diesen Grundsatz bei uns, indem sie die Zäune um Besitzungen zerstören. Es scheint von der Kommandantur nicht energisch durchgegriffen zu werden, denn seit einem Jahr wird dieser üble Zustand nicht abgestellt, obwohl man von Kasernenator aus gute Sicht zu dem langen Lattenzaun hat. Wie wäre es, wenn man innerhalb der Kaserne einen Übungszug errichten würde, an dem die tatendurstigen Späthelmkrieger dieser Truppe ihren nächtlichen Übermut nach Belieben auslassen können? Dann könnte man sie am nächsten Morgen in nüchternem Zustand zu Übungszwecken auch gleich die Reparaturen ausführen lassen. Auf jeden Fall kann man gar nicht scharf genug durchgreifen, wenn man ein gutes Verhältnis zwischen Schutztruppen und Bevölkerung wünscht. Für den deutschen Bürgerbesitz erwarten wir den gleichen Schutz wie für die atlantischen Verteidigungsinteressen. Mit jeder Latte, die ein Soldat zerstört, wird ein Stück des so notwendigen atlantischen Gemeinschaftsbewußtsein vernichtet. Wir empfehlen deshalb, diese Notiz in Übersetzung an allen Kasernenstuben anzuschlagen und der Presse laufend zu berichten, was gegen Ruhe- und Zaunerstörer unternommen worden ist. Wir dürfen diesen Wunsch hier aussprechen, da wir in ebenso eindeutiger Weise die Einwohnerschaft, vor allem die jüngeren Mitbürger, ermahnt haben, sich gegenüber den Kaserneninsassen korrekt zu verhalten und sie durch keine unbedachten Worte zu reizen. Wie wir hören, wird sich auch der Gartenbauverband in dieser Angelegenheit mit den amerikanischen Dienststellen in Verbindung setzen.

Capitol

„Lucrecia Borgia“

Eine spannende spanisch-italienisch-französische Gemeinschaftsproduktion, die durch Realistik und nicht zuletzt durch Überreibungen zu einem Reißer werden sollte, läuft seit gestern im Capitol. Edwige Feuillière spielt die Rolle der Lucrecia. Sie verleiht dieser umstrittenen Frauengestalt der Renaissance Figur durch echtes Spiel und Erleben

unter Ausnutzung der vielfältigen schauspielerischen Möglichkeiten: in ihrer jungmädchenhaften Unschuld, als glückliche Mutter, als Mäzenin schöner Künste und als wirklich liebende Frau beherrscht sie die Skalen der Empfindungen. Man kann dem Regisseur jedoch bei all den Leistungen den Vorwurf nicht ersparen, daß ein klein wenig Fingerspitzengefühl wohl am Platz gewesen wäre. Die Capitol-Lichtspiele zeigen „Lucrecia Borgia“ nur noch heute.

Ull

„Der Angeklagte hat das Wort“

Ein Unbekannter, der seinem Äußeren nach offenbar bessere Tage gesehen hat, schießt auf offener Straße das Zuspferd eines Lastfahrwerks nieder, das von seinem Kutscher

Vereinsmeisterschaften des Skiklubs Etlingen

Rudi Speck wird Vereinsmeister 1952

Das Galstal war am Sonntag Austragungsort der Vereinsmeisterschaften des SCE. Bei teilweise starkem Schneefall wurde am Vormittag der Abfahrtslauf und am Nachmittag bei besserer Sicht der Torlauf ausgetragen. Bei der Rekordbeteiligung von insgesamt 68 Läuferinnen und Läufern erbrachten die in allen Klassen spannenden Kämpfe folgende Ergebnisse:

Männliche Jugend von 10 bis 12 Jahren: 1. Alfred Köhler, 2. Wolfgang Bors, 3. Jürgen Bors.

Männl. Jgd. von 12 bis 14 Jahren: 1. Schlenker, 2. Rolf Köhler, 3. Wolfgang Schmidt.

Männl. Jgd. von 14 bis 16 Jahren: 1. Richard Ringwald, 2. Klaus Kirsch, 3. Heiner Münz.

Männl. Jgd. von 16 bis 18 Jahren: 1. Peter Münz, 2. Schulz, 3. Günther Zschernitz.

Jungmänner: 1. Werner Erhardt, 2. Kennner, 3. Kortschak.

Weibliche Jugend von 12 bis 14 Jahren: 1. Brigitte Unger, 2. Inge Reichling, 3. Kerstin Kirsch.

Weibl. Jgd. von 14 bis 16 Jahren: 1. Gudrun Mai, 2. Nortrud Mai, 3. Gabriele Schmidt.

Frauen, allgemeine Klasse alpine Kombination: 1. Sieglinde Müller mit einer Gesamtzeit von 1:09,8; 2. Gertrud Schwarz 1:15,1; 3. Trudel Mai 1:31,4.

Nach dem Abfahrtslauf der allgemeinen Klasse hatten sich bei den Männern folgende Läufer an die Spitze gesetzt:

Franz Kortschak und Alfred Dreber mit je 20,8 Sekunden auf den 1. und 2. Platz und Alfred Kubitzka mit 21,5 Sekunden auf den 3. Platz. Diese sehr guten Zeiten wurden jedoch von dem in der Altersklasse I gestar-

mißhandelt wird. Die Frage nach dem Motiv dieser Tat bildet in dem nach der Novelle „Maresi“ von Alexander Lernet-Holenia geschriebenen Film den Gegenstand einer dramatischen Gerichtsverhandlung, die zwei lebende nach Jahren der unfreiwilligen Trennung endlich zueinanderführt. Die Hauptrollen in diesem Film, der nur noch heute in den Union-Lichtspielen läuft, spielen Atilla Hörbiger, Siegfried Breuer, Maria Schell und Franz Paudler.



Rund um die Ettliger Fastnacht

Die Oststadt wählt ihren Borgermoischer!

Wie über den Kurzwellessender Dohlhausen bekanntgemacht wurde, versammelt sich die Oststadtgemeinde am Samstag, 2. Febr., 20.02 Uhr im „Grünen Winkel“, um über die geleistete Arbeit in der Oststadt im letzten Jahr zu diskutieren. Man wird vor allem über den neuerstandenen Omnibusbahnhof Thiebauthplatz, neues Bad, Stadthalle, dann über die neuen Wohnviertel rechts und links der Alb und über das neue Wassereservoir bei der Wilhelmshöhe sprechen müssen, so daß ein lehr- und aufschlußreicher Abend zu erwarten ist.

In der Badangelegenheit sei zu empfehlen, daß um das neue Bad eine dicke Mauer erstellt wird mit entsprechenden Gucklöchern für die „Außenstehenden“. Gleichzeitig wäre es eine Verschönerung des Stadtbildes.

Daß die Borgermoischerwahl sehr viel Staub aufwirbelt wird, da unser bisheriger Borgermoischer aus gesundheitlichen Rücksichten sein Amt niederlegen wird, kann man wohl verstehen. Bewerber haben sich etliche gemeldet, und es wird sich zeigen, wer von denen die meisten Pläne im Kopf hat. Es sollte jeden Oststädter interessieren, wer in Zukunft bei uns das „große Wort“ führen wird.

Musikalische Darbietungen und eine vorzügliche Küche des Lokalwirts zum „Grünen Winkel“ werden dazu beitragen, jedem Teilnehmer einen gemächlichen Abend zu geben. Bolzlicht Reich sorgt für die nötige Ordnung. Darum versäume niemand am kommenden Samstagabend die Borgermoischerwahl der Oststadt im „Grüne Eck“.

Der Borgermoischer wird gewählt

Ganz bestimmt auf jeden Fall, alles geht zur Borgermoischerwahl am Samstag, 2. Febr., 20 Uhr in sämtlichen Räumen des Bundesgottlers am Wasen.



Professor Dr. Fedor Stepan Universität München

spricht heute 20 Uhr in der Aula des Realgymnasiums über das Thema

„Das Antlitz Rußlands“

Unkostenbeitrag 50 Pfennig.

Zwischenbilanz des Fußballvereins

Da im kommenden Spieljahr mit der Zusammenlegung der beiden badischen Fußballverbände (Süd- und Nordbaden) zum alten Badischen Fußballverband zu rechnen ist und damit die Einführung eines neuen Spielsystems die Folge sein wird, dürfte es heute für die Ettliger Sportfreunde interessant und auch aktuell sein, Betrachtungen anzustellen, wie der Fußballverein am Ende der derzeit laufenden Spielaison Aussichten haben wird, in der dann weit spielstärkeren

und auch räumlich weitverzeigteren 2 Amateurligas einen Platz zu finden. Wie die Dinge liegen, wird der Zusammenschluß einen verstärkten Abstieg in allen Spielklassen zur Folge haben, denn der Zusammenschluß der beiden bisher bestandenen selbständigen Regionalverbände bringt eine Dezimierung der Staffeln und damit auch eine geringere Zahl Vereine in den einzelnen Klassen. So kann es gut möglich sein, daß in der Staffel 1 der mittelbadischen 2. Amateurliga, der auch der

FV Ettlingen angehört, rund die Hälfte der Vereine in der bezirklichen A-Klasse verbleibt, also praktisch absteigt und die erste Hälfte der Vereine in der Tabelle in der räumlich weitverzweigten 2. Amateurliga verbleibt.

Bei welcher Kategorie wird der Fußballverein zu finden sein? Schon die Tatsache eines verstärkten Abstiegs haben die diesjährigen Verbandsspiele nicht nur an Härte und Einsatz wachen lassen, sondern auch die einzelnen Mannschaften haben letzten Kräfteinsatz gezeigt. Die nun folgenden Spiele der Nachrunde werden noch weit mehr Anforderungen an die Mannschaften stellen, bis sich der enge Kreis herauskristallisiert hat, der die Tabellenspitzengruppe einnimmt. Der FV gehört noch zu den Vereinen, die sich im Mittelfeld bewegen und genau so gut am Schluß der Spiele in der oberen, aber auch in der unteren Hälfte zu finden sein können.

Wie sind nun die Möglichkeiten? Man müßte schon zum Rechenschieber greifen, denn es wird ein Kampf nicht nur um die Punkte, sondern auch um 100stel Tore werden. Bei der Spielerveranlagung der Ettlinger Mannschaft, dem vorhandenen Material und der sich seit der Trainingstätigkeit von Eugen Fischer entwickelten Kondition sollte man nicht daran zweifeln, Ettlingen unter den ersten sechs Mannschaften zu finden. Doch wie schon so oft hat das Schicksal gerade im Fußball seine Posen gespielt und es erfordert den ganzen Einsatz jedes einzelnen und den festen Willen, während den 2 x 45 Minuten beim sonntäglichen Spiel für seinen Verein das letzte zu geben.

Ettlingen ringt noch in 9 Spielen um die Punkte, wovon 6 Heimspiele und 3 Auswärts-spiele sind.

Hier die Paarungen:

- 3. 2. 52 Ettlingen — Dillweissenstein
- 10. 2. 52 Mühlacker — Ettlingen
- 17. 2. 52 Ettlingen — Niefern
- 24. 2. 52 Neureut — Ettlingen
- 9. 3. 52 Südsterne — Ettlingen
- 16. 3. 52 Ettlingen — Grünwinkel
- 30. 3. 52 Ettlingen — Hagsfeld
- 6. 4. 52 Ettlingen — Eggenstein
- 20. 4. 52 Ettlingen — Blankenloch

Vor allen Dingen sollte es der Mannschaft gelingen, die in heimischer Umgebung auf dem Wasen stattfindenden Spiele für sich zu buchen. Dies allein wäre schon ein gewaltiges Plus. Aber auch die drei Auswärts-spiele können nicht als aussichtslos verloren angesehen werden, denn mit einem Punkt geht man immer ins Spiel.

Bei dieser Gelegenheit ergeht der Ruf an die Ettlinger Fußballfreunde, den letzten und auch entscheidenden Spielen des FV durch Besuch den Rückhalt zu geben und die Mannschaft in ihrem Vertrauen stärken. Sollte die beabsichtigte Zusammenlegung kommen (da diese in Württemberg zur Durchführung kommt, dürfte es nur noch eine Frage der Zeit sein), dann hat Ettlingen in der neuen Saison die Aussicht, wieder gute und beste Spiele zu sehen.

Am Sonntag gegen Dillstein:

Ein entscheidendes und sicherlich hochdramatisches Spiel erwartet der Wasensportplatz am kommenden Sonntag gegen die Pforzheimer Vorstädter, die Spielvereinigung Dillweissenstein. Das dramatische Mittwochs-spiel im Mai 1951 dürfte vielen in guter Erinnerung sein, als Ettlingen die technisch vollendete Elf mit den ehemaligen Clubspielern Burkhardt, Nesper, Woll im entscheidenden Ringen um die Spitze besiegte. Im Vorspiel der neuen Runde nahm Dillweissenstein Revanche für jene Niederlage und schickte Ettlingen klar 4:7 nach Hause. Nun hat Ettlingen eine

Scharte auszumergen; hoffen wir, daß es gelingt, Sieg und Punkte zu behalten. Spielbeginn 14.30 Uhr.

Im Vorspiel stehen sich die Reservisten gegenüber.

Möge dieses Spiel ein Auftakt für die entscheidenden Spiele der diesjährigen Runde sein und der Fußballverein am Ende der Saison seine Mühe durch einen schätzbaren Platz in der Tabelle belohnt finden.

Malsch — Langensteinbach 3:1 (1:1)

Langensteinbach. Mit gemischten Gefühlen zogen die Anhänger des Fußballs mit ihrer Elf nach Malsch, um das fällige Rückspiel gegen den Tabellenersten mitzuerleben. Im Vorspiel gelang es der hiesigen Mannschaft, den Malschern den ersten Punktverlust durch ein 3:3 aufzuhängen. Es war daher klar, daß sie sich nun die Tabellennote auf eigenem Platze revanchieren würde, doch sie mußte alles aufbieten und konnte erst in den letzten Spielminuten den Sieg sicherstellen. Bei etwas mehr Glück unserer Spieler hätten sie wieder einen Punkt retten können. Der Spielverlauf war fair und der Schiri ein Mann vom Fach.

Aus den Albgau-Gemeinden

Reichenbach

Gerechte Bodenschätzung

Reichenbach. In einer Schlußbesprechung sprach amtlicher Schätzer Klauke über die in unserer Gemarkung durchgeführte Bodenschätzung vor zahlreichen Interessenten. Die bisherige fast hundertjährige Schätzung zeigte zu große Verschiedenheit und führte zu ungerechten Besteuerungen. Nach den nun bundeseinheitlich durchgeführten Arbeiten ergeben sich Schätzungszahlen, die den Bodenverhältnissen gerechter werden. Alles wurde dabei berücksichtigt, wie Niederschläge, Hanglage, Schattenlage, Druckwasserstellen. Für unsere Böden ergab sich eine gute mittlere Zustandsstufe bis 66. Die Betriebsbewertung konnte bisher noch nicht durchgeführt werden.

Polizeimeister Stadelhofer hatte die hiesigen Wirte und Vereinsvorstände zu einer Besprechung geladen, um das neue Jugendschutzgesetz näher zu erläutern und unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten seine zukünftige Anwendung einheitlich zu regeln. — Die Freiw. Feuerwehr hielt ihren geselligen Kameradschaftsabend, bei dem einheimische Humoristen (Schönherr) und Zauberer (Honnenberger, Spinnerer) für die notwendige Abwechslung sorgten. — Der Festplatz zum 30jährigen Stiftungsfest ist nicht wie irrtümlich gemeldet an der Friedhofsstraße, sondern am „Birkel“.

Die EZ gratuliert Johann August Steppe zum 61., Johannes Bauer zum 75. und Frau Magdalene Anderer, geb. Steppe, Witwe, zum 79. Geburtstag.

Mehr Rinder und weniger Pferde

Nach dem vorläufigen Ergebnis der allgemeinen Viehzählung gab es am 3. Dezember letzten Jahres im Bundesgebiet 11,4 Millionen Stück Rindvieh; deren Zahl ist also gegenüber Dezember 1950 um 1,2 Prozent gestiegen. Dagegen hat sich der Pferdebestand um 8 Prozent auf insgesamt 1,45 Millionen Tiere verringert. Die Zahl der Pferde ist damit erstmalig wieder unter den Vorkriegsstand gesunken. Der Abbau der Pferdebestände wird nach wie vor fortgesetzt. Dies kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Zahl der Fohlen gegenüber 1950 um 37 und die Zahl der ein- bis dreijährigen Pferde um 21 Prozent zurückgegangen ist. Der Schafbestand im Bundesgebiet, der sich seit 1949 ständig verringert hat, zeigte im Dezember letzten Jahres erstmalig wieder eine steigende Tendenz. Es wurden rund 1,96 Millionen Schafe gezählt.

Ueber die Außenpolitik besorgt

Eine Entschließung der DVP

Stuttgart (Isw). Landesvorstand und Landtagsfraktion der Demokratischen Volkspartei Württemberg-Baden haben dem Bundesvorstand und der Bundestagsfraktion der FDP in einer Entschließung ihre ersten Besorgnisse über die außenpolitische Entwicklung dargelegt.

Die Annahme des Schumanplans durch den Bundestag habe gezeigt, daß Deutschland bereit ist, im Interesse der Beschleunigung eines Zusammenschlusses der europäischen Völker und der Beendigung des unseligen deutsch-französischen Zwistes erhebliche Opfer zu bringen. Solche Opfer könnten nicht ins Unbegrenzte fortgesetzt werden, ohne daß ihnen gleiche Opfer der anderen Nationen gegenüberstehen. Dies gelte insbesondere für die Zugeständnisse, die in dem geplanten Generalvertrag und dessen Zusatzverträgen angeht von Deutschland gefordert werden sollen.

Wenn die geplanten Verträge dem Willen der deutschen Bevölkerung entsprechen sollen, betont die DVP, so müsse diese rechtzeitig einen klaren Einblick in den Tendency der Vertragswerke erhalten. Dem bisherigen Verfahren, schrittweise mit Konzessionen der Bundesrepublik verbundene Einzelfragen zu erledigen und Bundestag und Bundesrat jeweils einer Zwangslage gegenüberzu stellen, sei aus demokratischen Erwägungen heraus zu widersprechen.

Die DVP bedauert vor allem das bei der Erörterung des deutschen Wehrbeitrags gewählte Verfahren. Unzweifelhaft verfüge sowohl die Bundesregierung sowie der Bundestag nicht über die politische Kraft, um den Deutschen eine solche Maßnahme mit der er-

forderten Autorität aufzuerlegen, wenn der Beschluß nicht mit starker Mehrheit des Parlaments gefaßt wird.

Veränderung im Ministerrat?

Wird Renner durch Wirsching ersetzt?

Stuttgart (Isw). In Tübinger politischen Kreisen hält man es für möglich, daß der Übertritt Dr. Kaufmanns von der CDU zur DVP eine Änderung der Zusammensetzung des südwestdeutschen Ministerrates zur Folge haben wird. Die Tübinger Regierung hatte im Dezember mit der Regierung in Stuttgart eine Vereinbarung getroffen, wonach Tübingen außer dem Staatspräsidenten nur dann noch einen Minister, der nicht der CDU angehört, mit in den Ministerrat entsendet, wenn Stuttgart einen CDU-Angehörigen benennt. Da Württemberg-Baden mit dem Parteiwahl Dr. Kaufmanns jetzt kein CDU-Mitglied mehr im Ministerrat hat, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß nunmehr anstelle des Tübinger Innenministers Renner, der der SPD angehört, Arbeitsminister Wirsching (CDU) Württemberg-Hohenzollern im Ministerrat vertreten wird. Wirsching ist zur Zeit stellvertretendes Ministerratmitglied. Dr. R. Maier hatte erklärt, daß der Partei-Übertritt Dr. Kaufmanns auf die Zusammensetzung des südwestdeutschen Ministerrates keinen Einfluß habe. Da der Ministerrat eine Einrichtung der Regierungen der drei südwestdeutschen Länder sei, habe gar kein Anlaß bestanden, Kaufmann als Angehörigen der Oppositionspartei in dieses Gremium zu berufen. Dr. Kaufmann sei vielmehr als Persönlichkeit in den Ministerrat entsandt worden.

Schäffer zu den Lohnsteuer-Richtlinien

Finanzämter sollen entgegenkommend sein

Bundesfinanzminister Schäffer erläuterte in einer Rundfunkansprache die neuen Lohnsteuer-Richtlinien und forderte hierbei die Finanzämter auf, gerade die Arbeitnehmer, die sich Rat und Unterstützung suchend an das Finanzamt wenden, innerhalb der gesetzlichen Möglichkeiten entgegenkommend zu behandeln. Die neue Verwaltungsanordnung sei insbesondere für die jetzt zu beantragenden steuerfreien Beträge von erheblicher Bedeutung. So seien die Pauschbeträge für Reisekosten, die Lohnsteuerpflichtige von der Steuer absetzen können, für alle Arbeitslohngruppen erhöht worden. Bei einem Arbeitslohn bis zu 6000 DM jährlich können jetzt 10 DM pro Tag statt bisher 8— DM abgesetzt werden, bei einem Arbeitslohn bis zu 12000 DM 15— DM statt bisher 12— DM und bei einem Arbeitslohn über 12000 DM 19— DM pro Tag statt bisher 16—. Da Bewirtungskosten bei Arbeitnehmern in Zukunft überhaupt nicht mehr anerkannt würden, sei zu empfehlen, sich die Bewirtungsaufwendungen vom Arbeitgeber ersetzen zu lassen, der sie dann in beschränktem Umfang als Betriebsausgaben absetzen könne. Schäffer wies besonders auf die Gewährung eines steuerfreien Betrages für die auswärtige Unterbringung von Kindern zur Berufsausbildung hin. Diejenigen, deren Hausrat durch die Besatzungsmächte in Anspruch genommen werde, könnten nun nach den neuen Richtlinien die Ersatzbeschaffungen bei der Bezahlung von steuerfreien Beträgen geltend machen. Ein Teil der Wohnkostenzuschüsse werde ebenfalls angerechnet. Ferner hob der Bundesfinanzminister die Steuerfreiheit von Jubiläumsgeschenken, von Heiratsbeihilfen bis zu 500 DM und Geburtsbeihilfen bis zu 300 DM hervor. Außerdem würden beim sozialen Kündigungsschutz künftig nicht nur die gerichtlich festgelegten Abfindungen, sondern auch die außegerichtlich vereinbarten Abfindungen nicht als steuerpflichtiger Arbeitslohn behandelt, wenn die Kündigung sozial unangemessen und die Abfindung angemessen sei.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 28. 1.

Auftrieb: Rinder 255, Kälber 271, Hammel und Schafe 38, Schweine 888. — Preise: Ochsen A 100—107, B 80—96, C bis 80; Bullen A 101—109, B bis 100; Farsen A 103—115, B 92—102; Kühe A 89—88, B 70—78, C 58—68, D bis 57; Kälber A 136 bis 150, B 120—125, C 100—115, D bis 95; Lämmer und Hammel 76—84; Schweine A und B 150—124, B2 und C 150—125, D 126—125, E 120—123, F 115 bis 125, G 100—115. — Marktvoraus: Rinder langsam geräumt, Kälber anfangs leicht, später nachlassend, Schweine schleppend, Überstand.

Rheinwasserstand am 30. 1.: Konstanz 273 (-1)

Rheinfelden — (-) Breisach 138 (+8)
Straßburg 201 (+1) Maxau 381 (-0)
Mannheim 245 (-5) . Caub 188 (-8)

Wettervorhersage

Donnerstag zunächst aufgelockerte, im Laufe des Tages zunehmende Bewölkung und nachfolgende Niederschläge, die in tieferen Lagen nur anfangs als Schnee fallen. Temperaturen wenige Grade über Null ansteigend. Auffrischende Winde aus Süd bis Südwest, Nacht nur in ungunstigen Lagen schwacher Frost. Freitag unbeständig und weitere Milderung.

Barometerstand: Veränderlich.

Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): -1°

ETTLINGER ZEITUNG

Südd. Heimatzeitung für den Alb-gau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigenannahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbrunner Straße 5, Telefon 187

Anzeigenannahme für Karlsruhe: Annoncen-Kreis oHG., Karlsruhe, Waldstr. 30, Ruf 713

Ärzte und Anwälte

Augenärztin
Dr. A. Schenck
Praxis geschlossen
vom 1. bis 11. Februar 1952
Erste Sprechstunde 12. 2. 52,
nachmittags von 16—18 Uhr

STELLENANGEBOTE

Aufgeweckter Junge, guter Rechner als
kaufm. Lehrling
gesucht. Angebote mit selbst-geschr. Lebenslauf und Zeug-nissen unter 294 an die EZ

BEKANNTMACHUNGEN

Amtsgericht Ettlingen
HR. B 3 Veränderung von 21. 1. 1952 Firma Badische Baumwoll-Spinnerei
Weber & A. G. Neureut. Durch Beschluß der außerordentlichen General-versammlung vom 15. Dezember 1951 wurde § 3 der Satzung geändert. Das Grund-kapital der Gesellschaft beträgt 1.000.000 DM und ist eingeteilt in 1100 Aktien à 1000 DM. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Jede Aktie gewährt eine Stimme

Lohn- u. Kirchensteuerabelle

für Monats-, Wochen- und Tageslohn
gültig ab 1. Januar 1950 zu DM 1.50
Jahres-Lohn- u. Kirchensteuertabelle
für 1951 DM 1.50

Buchdruckerei A. Graf, Ettlingen, Schöllbr. Str. 5

Nach schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden entschlief am Dienstag abend, ergeben in Gottes heiligen Willen, unser lieber, unvergeßlicher Sohn, Bruder, Schwager, Onkel und Neffe

Friedrich Holzapfel

Maurermeister

kurz vor Vollendung seines 45. Lebensjahres.

In tiefem Leid

Eliese Holzapfel Wwe., geb. Graf und Angehörige

Ettlingen, Durlach, Hamburg, den 29. Januar 1952

Die Beisetzung findet am Samstag nachmittag um 2.00 Uhr in Durlach statt

STADT.BEKANNTMACHUNGEN

Rattenbekämpfung

Alle Einwohner und Firmen der Stadt Ettlingen werden gebeten, Peststellungen oder Beobachtungen über das Vorkommen von Ratten schriftlich oder mündlich bis spätestens 10. Februar 1952 beim Stadtbauamt Ettlingen zu melden.

Rattenverseuchtes Gelände und Gehöfte wollen genau angegeben werden, damit über die Notwendigkeit einer Rattenbekämpfung auf der Gemarkung Ettlingen entschieden werden kann.

Ettlingen, den 30. Januar 1952 Der Bürgermeister

Kleinanzeigen können Sie tele-phonisch aufgeben **Ruf 187**

Winter-Schlus-Verkauf

- Porzellan-Obertassen, weiß 30
- „ Kaffeekannen 75—150
- „ Kaffeeservice, elfenb. m. kl. Fehlern, 15tlg. 5,85
- „ Kaffeeservice, bt. Streuer, m. kl. Fehl. 15tlg. 13,45
- „ Tafelservice mit Goldrand, reiche Deckelverz., 23tlg. 31,90
- Stielgut-Schüsseln 2,20
- „ Stollenplatten, bt. 3,95
- „ Ohrentassen, bt. 2,50
- „ -95
- „ Classschüsseln, 16 cm -95
- „ Kristallschale, 22 cm Ø gepr. 3,50
- „ „ teller, 14 cm Ø gepr. 1,20
- Keramik-Vasen 14 -90, 16 1,30, 19 1,60

SWD vormals E. Tiedemann
Ettlingen - Kronenstr. 24 - Telefon 605

ZU VERKAUFEN

Im Auftrag billig abzugeben:
Küchenbüfett, D.-Schreibtisch
Bettstelle m. Rost, gr. Spiegel,
2 Küchentische, Stühle, Bilder-
rahmen, einige kl. Spiegel u.
Bilder, Schaukelsessel
Adolf Kraft, Möbeltransport
Rheinstr. 8 beim Kino

Dr. BUFLERS

„Schrundenheil“

ein Cosmecticum von
verblüffender Wirkung,
macht raue, rissige und
harte Hände weich und
geschmeidig und ist ein
altbewährtes

Frostschutzmittel

1 Dose 50 Pfennig

Immer frisch erhältl.:
Badenia - Drogeria
Rudolf Chemnitz

Zum Fasching

die passende Frisur
Riz Make up
Perücke, Schminke vom

Salon Kramer

Ettlingen Ruf 414

Läftige Haare

beflehtigt garantiert
schmerzlos und zuverlässig
„ARTISIN“
Enthaarungcreme
TUBE zu 1.50 u. 2.50

Sicher zu haben:

Drogerie R. Chemnitz

Leopoldstr. 7 Telefon 290

Umschau in Karlsruhe

Erneut Gestapoprozeß Gerst

Beginn am 3. März vor dem Schwurgericht Karlsruhe (Isw). Am 3. März beginnt vor dem Schwurgericht Karlsruhe die erneute Verhandlung des Gestapo-Prozesses gegen Adolf Gerst und Friedrich Timm, denen schwere Körperverletzung mit Todesfolge sowie fahrlässige Tötung, im Gestapogefängnis Ettlingen vorgeworfen wird.

Der frühere Gestapo-Kriminalassistent Gerst ist im Dezember 1950 vom Karlsruher Schwurgericht wegen Körperverletzung mit Todesfolge, fahrlässiger Tötung und Körperverletzung im Amt sowie Aussage-Erpressung zu zehn Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt worden. Der mitangeklagte, aus der Ukraine stammende Dolmetscher Timm, war wegen Beihilfe zu den Folterungsdelikten zu 5 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt worden. Das Schwurgericht Karlsruhe hatte sich 6 Tage lang mit der Folterung deutscher und ausländischer Häftlinge im Gestapogefängnis Ettlingen im Jahre 1944 befaßt.

Der Erste Senat des Bundesgerichtshofes hatte den Prozeß im Herbst 1951 an die Vorinstanz zurückverwiesen, da das Schwurgericht nicht vorschriftsmäßig besetzt war.

118 neue Betriebe in Nordbaden

Karlsruhe (Isw). In Nordbaden siedelten sich 1951 nach einem Bericht des Badischen Statistischen Landesamts insgesamt 118 Industriebetriebe an, in denen über 1200 Personen beschäftigt werden. Bei den Neuzugängen stehen an erster Stelle Betriebe der Gruppe Textil und Bekleidung. Es folgen die Gruppen Feinmechanik, Optik und Schmuckwarenindustrie.

Luftfahrtexperten regen sich wieder

Karlsruhe (Isw). Am 31. Januar wird der Arbeitskreis Karlsruhe der Arbeitsgemeinschaft Luftfahrttechnik im Verein Deutscher Ingenieure (VDI) gegründet. Die Leitung dieses für ganz Baden zuständigen Arbeitskreises hat der bekannte deutsche Wissenschaftler für Strömungstechnik, Professor Dr.-Ing. Walter Barth, übernommen, der heute an der Technischen Hochschule Karlsruhe tätig ist und auf dem Gebiet der Luftfahrtentwicklung große Erfahrungen besitzt.

Wohleb fordert weitgehende Autonomie

Man müsse den Badenern die Möglichkeit geben, auch in dem kommenden Südweststaat das traditionelle Eigenleben ihres Landes in weitgehender Autonomie weiterzuführen, erklärt der badische Staatspräsident Wohleb in einem Artikel. Die Badener müßten sich dem Ergebnis der Volksabstimmung vom 9. 12. 51 beugen, schreibt der Staatspräsident, doch könne ihnen niemand verarzgen, wenn sie das was ihnen angetan wurde, als ungerecht und undemokratisch empfinden. Das sollte auch die Gegenseite verstehen und deshalb bei der kommenden Gestaltung des Südweststaats versuchen, das an Baden begangene Unrecht einigermaßen auszugleichen und damit auch die Entstehung einer badischen „Irredenta“ zu verhindern.

In der Staatskanzlei liegen geblieben

Erst nach 14 Tagen an Eckert ausgehändigt
Freiburg (Isw). Der südbadische Finanzminister Dr. Eckert, dessen Nichterscheinen auf der Konferenz der südwestdeutschen Finanzminister in Stuttgart aufgefallen war, erklärte, er habe erst am Vortage zwischen 17 und 18 Uhr davon Kenntnis erhalten, daß er am anderen Morgen um 6 Uhr nach Stuttgart reisen solle, er habe zwar von der Zu-

Schutztruppen gefährden die Sicherheit

Landtag behandelt Mannheimer Ueberfälle - Apothekengesetz verabschiedet

Stuttgart (ZSH). Der württemberg-badische Landtag forderte in einer einstimmig angenommenen Entschließung die Landesregierung auf, in Anbetracht der wachsenden Zahl von Übergriffen von Angehörigen der Besatzungstruppen nachdrücklich bei den Militärbehörden auf eine rasche Aufklärung der Verbrechen zu dringen und eine gerechte Sühne zu fordern. Es müsse alles unternommen werden, um der Bevölkerung das Gefühl der Sicherheit vor ähnlichen Ausschreitungen zurückzugeben.

Die Entschließung wurde durch eine Große Anfrage der Mannheimer SPD-Abgeordneten Lena Maurer ausgelöst, die vor dem Plenum ein erschütterndes Bild der unsicheren Verhältnisse in Mannheim entwarf. In seiner Antwort stellte Innenminister Ulrich fest, daß sein Ministerium entschlossen sei, gegen Ruhestörer mit aller Energie und ohne Rücksicht darauf vorzugehen, ob es sich um In- oder Ausländer oder um Angehörige der Besatzung handelt. Beim Vorgehen gegen Besatzungsangehörige haben die deutschen Behörden die volle Unterstützung der amerikanischen Behörden und Truppenoffiziere. Es sei der gemeinsame und feste Wille der amerikanischen und deutschen Behörden, renitente Elemente unter den Besatzungssoldaten zur Verantwortung zu ziehen und zur Raison zu zwingen. Allein in Mannheim seien im Jahre 1951 von Besatzungsangehörigen 81 Körperverletzungen, 21 Notzuchtverbrechen, 19 Raubüberfälle und 8 Überfälle auf Taxifahrer verübt worden. Vielfach seien Prostituierte und Personen zweifelhaften Rufes geschädigt worden.

Wie der Innenminister mitteilte, sind nach den neuesten Vereinbarungen in Mannheim auch deutsche Polizisten berechtigt, Besatzungsangehörige, die eine strafbare Handlung begangen haben, vorübergehend festzuhalten. Die Regierung hoffe und wünsche, daß künftige Ausschreitungen unterbunden und die Schuldigen der verdienten Strafe zugeführt werden.

In einer lebhaften, aber stets sachlichen Debatte wurden verschiedene Maßnahmen vorgeschlagen, die zur Beseitigung der Übelstände führen könnten: Einführung eines Zapfenstreiches für die Besatzungstruppen, Verbot bestimmter Lokale, schärfere Bekim-

pfung des Dirnenwesens bzw. -unwesens, Registrierung der Besucher zweifelhafter Lokale, Einschränkung des Alkoholverkaufs an Besatzungstruppen.

Abg. Schloß (DVP) sagte, daß mit der Umwandlung von der Besatzungs- zur Schutzmacht auch die äußere Sicherheit nicht gefährdet werden dürfe. Janota (DG-BHE Schwäbisch Gmünd) wies anhand eines Beispiels aus seinem Stimmkreis darauf hin, daß die Frage noch nicht geklärt ist, was mit einem Deutschen geschieht, der Zeuge eines Übergriffs von Besatzungssoldaten wird und seinerseits durch tätliches Einschreiten das Verbrechen zu verhindern versucht.

Die Belegung der Zentralkliniken in Göppingen-Holzheim durch die Bereitschaftspolizei und die beabsichtigte Auflösung der Kliniken war Gegenstand einer Großen Anfrage des SPD-Abgeordneten Riegel und Genossen. Arbeitsminister Stetter stellte dazu fest, daß beabsichtigt sei, die gemeinsame Polizeischule der Länder Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern und die Bereitschaftspolizei der beiden Länder in einer Gesamtstärke von etwa 800 Mann in den Zentralkliniken unterzubringen. Die in den Kliniken bisher noch untergebrachten Tbc-Kranken können zum allergrößten Teil in den Heilstätten der Landesversicherungsanstalt und des Landesfürsorgeverbandes untergebracht werden. Das Pflegepersonal werde wahrscheinlich in andere Stellen vermittelt werden können. Der sozialpolitische Ausschuß wird sich noch einmal eingehend mit der Frage befassen.

Stark umstritten war das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat und Gemeinden, das sogenannte Gaststülerbeiträge vorsieht. Nach diesem Gesetz, das schließlich mit großer Mehrheit in zweiter Beratung angenommen wurde, soll der betreffende Kreis für jeden Schüler, der eine außerhalb seines Wohnortes gelegene Schule besucht, einen Beitrag entrichten. Dadurch soll die schwierige finanzielle Lage der höheren Schulen verbessert werden. Der CDU-Abgeordnete Dr. Gas erhob sogar verfassungsmäßige Bedenken, da nach seiner Meinung die Einwirkung des Gesetzgebers auf die Schulverwaltung zu stark ist.

Kurz nach der Beendigung der zweiten Beratung im Landtag sprach sich bereits der württemberg-badische Landkreistag gegen eine Tagung in Bad Wimpfen gegen das Gesetz aus, da die Verfassung ausdrücklich feststelle, daß die Finanzierung höherer Schulen Sache des Staates sei. Der Verband will gegebenenfalls eine höchstgerichtliche Entscheidung herbeiführen.

In namentlicher Abstimmung verabschiedete der Landtag ein Gesetz über die Zulassung neuer Apotheken mit einem Änderungsantrag der DG-BHE, SPD und CDU. Durch dieses Gesetz wird auf dem Gebiet des Apothekenwesens die von dem Amerikaner im Jahre 1949 verfügte uneingeschränkte Gewerbefreiheit aufgehoben. Künftig darf eine Apotheke nur noch von einem approbierten Apotheker eröffnet werden, der fünf Jahre in der Arzneivertriebler oder Heilmittelherstellung gearbeitet haben muß. Um eine der Arzneivertriebler schädende Konkurrenz zu vermeiden, kann das Innenministerium in Gemeinden mit über 50 000 Einwohnern die Eröffnung einer Apotheke in einem bestimmten Ortsteil versagen, wenn dort bereits genügend Apotheken vorhanden sind. Nach der ursprünglichen Fassung des Gesetzes sollte das Innenministerium den Ortsteil, in dem eine neue Apotheke errichtet werden soll, bestimmen können.

Landwirtschaftsminister Herrmann teilte auf eine Große Anfrage des SPD-Abgeordneten Wilhelm Kleinkecht und Genossen mit, daß die Staatsforstverwaltung die Träger der

vorwiegend aus öffentlichen Mitteln finanzierten Bauvorhaben bei der Beschaffung preiswerten Bauholzes unterstützen werde. Sie werde beim Verkauf von Rundholz den Sägewerken die vertragliche Auflage machen, eine bestimmte Menge Bauholz zu angemessenen Preisen den Trägern öffentlicher und sozialer Bauvorhaben zur Verfügung zu stellen. Das Haus nahm einen SPD-Antrag an, der die Regierung ausdrücklich zur Lieferung billigen Bauholzes verpflichtete.

Innenminister Fritz Ulrich und Finanzminister Frank gaben bekannt, daß die Vertreter Württemberg-Badens am Freitag in der Bundesratsitzung gegen die Verordnung über Ausnahmen vom Mieterschutz stimmen werden.

Aus der badischen Heimat

Dr. Adenauer kommt nach Heidelberg
Heidelberg (Isw). Bundeskanzler Dr. Adenauer hat zugesagt, auf einer Wahlkundgebung der CDU am 29. Februar in Heidelberg zu sprechen. Wie das Kreisbüro der CDU in Heidelberg dazu ergänzend mitteilte, ist im Gegensatz zu anderen Äußerungen niemals vorgesehen gewesen, daß der Bundeskanzler bereits am 10. Februar in Heidelberg sprechen wird. Dr. Adenauer werde an diesem Tag auf der Landtagung der südbadischen CDU in Freiburg sprechen.

Schleuderendes Lastauto tötet Schulkind
Michelstadt (Isw). Drei von der Schule heimkehrende Kinder wurden in Michelstadt im Kreis Sinsheim von der Stoßstange eines Lastkraftwagens erfaßt und gegen eine Hausmauer gedrückt. Ein Kind wurde dabei sofort getötet, ein anderes schwer verletzt. Der Fahrer hatte den Wagen wegen eines Radfahrers abbremsen müssen. Dabei war das Fahrzeug auf der vereisten Straße ins Schleudern geraten.

Gebrochene Nasenbeine auf beiden Seiten
Neckarelz (Isw). Bei einer Auseinandersetzung zwischen Schautellern und jungen Männern aus Neckarelz kam es zu einer heftigen Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten gebrochene Nasenbeine, eingeschlagene Zähne und andere Verletzungen gab. Wie die Landespolizei mitteilt, war der Kampf mit Schlagringen und anderen Schlaginstrumenten geführt worden.

Der Fahrer konnte sich noch retten
Eichtersheim (Isw). Beim Überfahren eines unbeschränkten Bahnübergangs der Nebenlinie Wiesloch-Waldangelloch wurde ein Personenauto von einem Zug erfaßt, mitschleift und vollständig zertrümmert. Der Fahrer des Wagens sprang vor dem Zusammenstoß aus dem Wagen. Er wurde nur leicht verletzt.

Achern. Die Obstbauminspektion im Kreis Bühl will in der Gebirgsgemeinde Lau eine Baumschule errichten, in der Kirschblume gezüchtet werden sollen. Man hofft, Bäume züchten zu können, deren Früchte dem berühmten Schwarzwälder Kirsch ein noch besseres Aroma geben. (Isw)

Freiburg. Das Land Südbaden hat nach einer Aufstellung des Landesamtes für Umsiedlung im Innenministerium bis zum 31. Dezember 1951 insgesamt 183 353 Flüchtlinge aller Art aufgenommen. (Isw)

Kartoffelpreise in Nordbaden ziehen an
In Nordbaden ziehen die Kartoffelpreise seit einigen Tagen an. Ein Zentner kostet jetzt bis zu 12 DM. Die Preiserhöhung ist darauf zurückzuführen, daß in den nordbadischen Kartoffelbaugebieten keine Vorräte mehr vorhanden sind. Auch lagen die amtlichen Ernteschätzungen weit über dem tatsächlichen Ertrag, so daß die Höchstpreise unter falschen Voraussetzungen festgesetzt wurden. Der Landkreis Sinsheim, der in früheren Jahren zu den größten Auslieferungsbereichen zählte, muß jetzt Kartoffel ankaufen. Die Kartoffelgroßhändler Nordbadens rechnen jedoch damit, daß der Engpaß, der bis März anhalten dürfte, durch Ankünfte in Rheinhessen und Unterfranken einigermaßen überwunden werden kann.



Copyright by Carl Dancker, Berlin, durch Verlag v. Graberg & Götz, Wiesbaden

(19. Fortsetzung)

„Ich spreche jetzt nicht von den artistischen Fähigkeiten Orlandos. Wie lernten Sie Peter Breest kennen?“
Der Clown machte mit beiden Armen eine weitausholende Bewegung. „Warum soll ich ein Geheimnis daraus machen? Wir haben uns in Neapel kennengelernt. Ich war damals am Zirkus Verani. Es war ein kleiner Zirkus, und ich hatte mein Engagement zu Straßbeck bereits in der Tasche.“

„Wie kam denn Peter Breest nach Neapel? Er war doch damals noch Student.“
„Er machte eine Ferienreise. Er studierte Kunstgeschichte.“ Plötzlich veränderten sich die Mienen des Clowns. Versunken starrte er vor sich hin. „Ich habe gar keine Lust zu antworten. Aber Sie werden die Dinge ja doch bald erfahren. Der Student Peter Breest war in Neapel in einen bösen Prozeß verwickelt. Er stand unter Anklage, die Schulleiterin Angiolina des Zirkus Verani ermordet zu haben. Aber er wurde freigesprochen, mein Herr. Ich glaube heute erst recht an seine Unschuld.“

„Was für eine Art von Freispruch war es, Herr Valencini?“
Noch in der Erinnerung blitzten die Augen des Clowns vor Zorn.

„Wegen Mangels an Beweisen, Herr Kriminalrat!“
Riedler verabschiedete sich fast überstürzt. Jetzt machte es keine Mühe mehr, die Zusammenhangs aufzubrechen.

Thiele kannte die Vergangenheit Orlandos. Das bewiesen die Nummern der „Gazetta di Napoli“, in denen sicher dieser Prozeß behandelt wurde. Nun benutzte er dieses Wissen zu einer Erpressung. Das erstmal jagte

ihn Orlando fort. Aber als Thiele ein zweites Mal ankam, übermannte ihn der Jähzorn. Der Brief, von dem Cestnick sprach, war von Thiele. Ein minderwertiges Subjekt mußte der Thiele gewesen sein. Aber es half nichts. Langsam ging er auf den Salonwagen des Direktors zu.

XII.
Die Schimpansin Lene zeigte nicht mehr die lebenswürdige Heiterkeit, die sie so oft zu lustigen Streichen verführte hatte. Sie bogte in der Ecke des geräumigen Käfigs, ihr runder, glatter Kopf war bis auf die Brust herabgesunken. Sorgfältig war sie in ein dickes, graues Wolltuch eingehüllt.

Vor ihr saß mit überkreuzten Beinen der Zwerg Willi und summte leise vor sich hin. Eine Heizsonne brannte, dicke Zeittücher schlossen die kühle Abendluft ab.

Der Zwerg ließ keinen Blick von dem Affen, aus dessen Brust ein trockenes, rasselndes Husteln kam.

Vom Stall hörte man die lauten Gespräche der Kutscher, Ketten klirrten, Pferde scharrten. Die Töne des Ringkämpfermarsches klangen auf. Jetzt beginnt der Kraftakt, wußte Willi, und sein grobes, altkluges Zwergengesicht verzog sich sorgenvoll. Was würde aus ihm werden, wenn Lene nun starb?

Gestern nacht hatte es angefangen mit Lene, nachdem sie noch so überraschend gutwillig gearbeitet hatte. Aber auf dem Weg in den Stall hatte sie zu zittern begonnen, und das Thermometer hatte Fieber gezeigt. Der Tierarzt war gekommen und hatte Lene gründlich untersucht. Willi hatte aus seinen Mienen genug gelesen. Drei Jahre hatte er die Schimpansin nun, und drei Jahre sind eine lange Zeit für einen Menschenaffen.

Ohne es selbst zu wissen, hatte Willi lauter gesungen: „Das Laub fällt von den Bäumen, gib acht, bald ist der Winter da...“
Die Schimpansin hob sacht den Kopf. Ihre mittelgroße, schmale Hand tastete nach Willi. Ihre Augen glänzten voll schwermütiger Sehnsucht. Sie hatte geträumt. Von grünen Wäldern, durch die der Passat strich, von Wipfeln, die sich dem Winde beugten und

deren Blätter rauschten wie flüsternde Orgelpfeifen. Der wunderbare, beruhigende Duft von fremden Blumen hatte sie umschwebt.

Der Zwerg lächelte die Schimpansin an und streichelte ihren Arm. Was denkt wohl Lene jetzt, überlegte er, während er weitersang. Weiß sie, was das ist — Tod? Fürchtet sie sich davor? Was kann ich für sie tun? Wie sie mich ansieht... Wenn ich sie nur verstehen könnte.

Seine Gedanken machten einen Sprung. Wie soll ich Lene verstehen, wenn ich selbst mich nicht verstehe? Was hält mich denn am Leben? Jetta vielleicht!

Eine wilde Sehnsucht nach Glück übermannte ihn. Seine Stimme klagte und weinte... „Dann wirst du träumen, vergessen, was geschah...“ Der Zwerg ruckte zusammen. Die Leinwand hatte sich geöffnet.

Jetta hatte den kleinen Raum betreten. Ueber ihren schmalen Schultern hing ein alter Wintermantel und verdeckte nur halb das leichte Kostümchen aus Schwanenpelz. „Wie geht es Lene?“ fragte sie mit ihrer hellen Kinderstimme. — „Ist es besser geworden?“

Das Herz des Zwerges schlug schnell und hart. „Nein, Jetta. Ich glaube nicht, daß es besser wird“, erwiderte er und konnte den Blick nicht von ihr wenden. „Der Arzt sagte, es sei eben die Schwindsucht. Man kann nichts dagegen tun. Aber vielleicht geht das Fieber herunter, und dann kann Lene wieder arbeiten.“

Jettas kleiner Mund mit den herzförmig geschnittenen, leicht geschminkten Lippen lächelte. „Natürlich wird Lene besser, Willi. Man muß nur daran glauben. Immer muß man an das Gute glauben, das hilft! Wenn ich den Salto mache — kurz davor denke ich immer, es geht gut, in zehn Sekunden ist schon alles gut gegangen. Dann springe ich, und immer gelingt es!“
Willi hatte sich erhoben. Er senkte den großen Kopf mit der ausgebuchten Stirn. „Ich habe ein neues Album gekauft, Jetta. Es stehen schöne Lieder drin. Nur ein wenig traurig.“

„Traurige Lieder sind schön. Das Leben ist ja so bitter.“

Der Zwerg spürte, daß sie ihn anschaute und sah zu ihr auf. „Ja — du hast recht. Das Leben ist ein Spaß! Sein Mund zitterte, in seinen Augen stand die Trauer. „Ein Spaß, auch wenn Lene nun stirbt und ich nicht mehr arbeiten kann und fort muß...“

Ganz erschrocken legte sie ihre weiche Kinderhand auf seine Schulter. Sie war so viel größer als er. So sehr viel größer, daß sie sich ganz tief hinabbeugen mußte, wenn sie ihm ins Gesicht sehen wollte. „Was redest du da nur für dummes Zeug, Willi. Straßbeck entläßt dich doch lange nicht. Dann machst du eben eine komische Nummer wie Wuppi.“

Melancholisch lächelte der Zwerg. „Wuppi kann den Salto aus dem Stand. Wuppi kann auf den Händen gehen. Wuppi ist ein Artist. Aber ich kann keinen Salto, meine Beine sind viel zu schwach dazu. Ich kann gar nichts, nur die Schimpansin Lene vorführen, weiter nichts!“

Sanft strich Jetta über sein schönes Haar. Sie hatte viel Mitleid mit ihm. Nicht, weil er ein Zwerg war. Zwerge waren um sie gewesen, seit sie die Dinge der Welt erkennen konnte. Sie gehörten zum Zirkus. Zwerge waren Artisten, wie alle anderen. Aber weil er oft so traurig war, so ernsthaft und wehmütig, das war schön an ihm. Das war etwas Besonderes. „Du kannst doch singen“, entgegnete sie ehrlich, „du kannst wunderschön singen, Willi.“

„Für einen Zwerg kann ich schön singen. Zwerge haben eine rauhe Stimme. Ich habe keine so sehr rauhe Stimme. Meinst du, ich werde Erfolg haben, wenn ich in die Manege komme und Schubert-Lieder singe?“ Sie verstand ihn gar nicht. „Sei doch vergnügt“, ermunterte sie ihn.

„Weißt du schon, daß es nach Südamerika geht?“ „Ja, Vater hat es erzählt. Wenn wir in Deutschland fertig sind, geht es nach Südamerika, und ich bekomme ein neues Kostüm. Silber, rosa und blau.“ Sie klatschte einmal in die Hände und drehte sich um sich selbst, daß der alte Mantel Bog. Sie war schön und zart wie eine Elfe.

(Fortsetzung folgt)

LAND + GARTEN

„Kahlpfändungen“ sollen verhindert werden

Schutzvorschriften gegen Zwangsvollstreckungen

Schon etwa ein Jahr nach der Währungsreform kam es bereits wieder zu Zwangsvollstreckungen in landwirtschaftlichen Betrieben. Zunächst handelte es sich weniger um ganze Betriebe oder Grundstücke, sondern um die Pfändung von Vieh, Milchgeld oder sonstigen Erzeugnissen. Im Zwangsvollstreckungsrecht der Zivilprozessordnung bestimmt § 811, daß als schlechthin unpfändbar eine Milchkuh oder an deren Stelle zwei Ziegen oder zwei Schafe, nebst den zum Unterhalt und zur Streu für diese Tiere auf 4 Wochen erforderlichen Futter- und Streuvorräten anzusehen sind, wenn diese Tiere für die Ernährung des Schuldners seiner Familie und seiner Helfer unentbehrlich sind. Diese Vorschrift betrifft natürlich mehr den Klein- und Kleinstbetrieb. Daher besagt diese Vorschrift weiter, daß bei Personen, welche die Landwirtschaft als Beruf betreiben, das zum Wirtschaftsbetrieb erforderliche Vieh und Vieh nebst dem Dünger sowie die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, soweit sie zur Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte erforderlich sind, nicht gepfändet werden dürfen.

Eine weitere Vorschrift vom 17. 7. 1930 — Reichsgesetzblatt I S. 1313 — besagt darüber hinaus, daß Schweine nicht gepfändet werden dürfen, soweit sie zur Ernährung des Schuldners, seiner Familie oder von Hausangehörigen, die im Haushalt oder in der Landwirtschaft helfen, erforderlich sind. Diese Vorschriften sollen die sogenannten Kahlpfändungen verhindern, d. h. es soll nicht das Letzte und Lebensnotwendigste gepfändet werden. Rechtlich bedeutet das also, daß der Gerichtsvollzieher nicht befugt ist, diese Gegenstände überhaupt zu pfänden.

Ueber diesen vom Gesetz ausgeschlossenen Inventarbereich hinaus kann der Vollstreckungsbeamte im Auftrage des Gläubigers nicht nur pfänden, sondern auch zur Verwertung durch Versteigerung oder zum freihändigen Verkauf schreiten. Eine Handhabe für den Schuldner, sich gegen zu weitgehende Pfändungen, die den Betrieb und damit das allgemeine ernährungswirtschaftliche Interesse gefährden, zu schützen, bietet, was viele nicht wissen, Artikel 6 der während des Krieges ergangenen Verordnung zur Beschränkung der Zwangsvollstreckung vom 4. 12. 1943 — Reichsgesetzblatt I S. 666. Obwohl es sich ursprünglich um eine auf die Kriegsverhältnisse erlassene Verordnung handelt, ist inzwischen durch Entscheidungen der oberen Gerichte klargestellt, daß sie auch heute noch Gültigkeit hat. Danach kann das Vollstreckungsgericht Zwangsvollstreckungsmaßnahmen jeder Art ganz oder teilweise aufheben, untersagen oder einstweilen einstellen, wenn es der Auffassung ist, daß dies im Interesse des Schuldners geschieht. Ergeben sich neue Gesichtspunkte der tatsächlichen Verhältnisse nach einem solchen Beschluß, so kann das Vollstreckungsgericht ihn entsprechend berichtigen oder aufheben. Diese Vorschriften gelten auch im Verwaltungsverfahren, also gegenüber den Vollziehungsbeamten sonstiger forderungsberechtigter Stellen wie Gemeinde, Finanzbehörde usw.

Diese Schutzverordnung ermöglicht also eine Fortführung der in Gefahr gekommenen Betriebe und verhindert, daß ihnen die wichtigsten Einnahmen aus Milchlieferung, Viehverkauf oder sonstigen Erzeugnissen restlos weggenommen werden können. Trotz dieser

sehr weitgehenden Schutzvorschriften soll man es aber nicht darauf ankommen lassen, denn eine vorübergehende Einstellung der Zwangsvollstreckung ermöglicht nur Luft zu holen, die eigentliche Schuld kann nicht abgesetzt werden. Die Verzugszinsen laufen weiter, und die Zwangsvollstreckungskosten werden mit jedem Stadium höher.

Derjenige also, gegen den Vollstreckungsmaßnahmen eingeleitet werden, darf, soweit er die dargelegten Bestimmungen für sich in Anspruch nehmen kann, nicht die Hände in den Schoß legen, sondern muß sofort selbst bei dem Gericht oder der Vollstreckungsbehörde rechtliche Schritte zur Abwendung unternehmen. Es kann dabei von Vorteil sein, die Landwirtschaftsschule und Wirtschaftsberatungsstelle oder deren Untergliederungen gutachtlich hören zu lassen.



„Jubilee Charles“ (Jubiläums-Karl), ein zweieinhalbjähriger Merino-Zuchtbock, erzielte bei einer vorjährigen Versteigerung in Sydney einen Preis von 4000 Pfund. „Jubilee Charles“ ist damit Träger eines Weltrekords. (IWS)

Ein neuer Erregertyp entstand

Mangel an Maul- und Klauenseuche-Impfstoff

In landwirtschaftlichen Kreisen macht man in letzter Zeit den zuständigen veterinärmedizinischen Stellen vielfach den Vorwurf, daß sie an dem epidemischen Ausbruch der Maul- und Klauenseuche Schuld trügen, da sie es versäumt hätten, sich rechtzeitig mit genügend Impfstoff zu versorgen. Wie aus einer Fachklärung hervorgeht, besteht dieser Vorwurf und diese Anschuldigung zu unrecht.

Zu Beginn der Seuche im Frühjahr vergangenen Jahres stand eine Impfstoff-Vorratsmenge von rund 4000 Liter zur Bekämpfung zur Verfügung. Diese Menge hätte mit Sicherheit zu einer zufriedenstellenden Bekämpfung ausgereicht, wenn nicht ein Umstand eingetreten wäre, gegen den selbst die beste Wissenschaft nicht gefeit ist. Dieser Impfstoff enthält die beiden in den letzten Jahren bei uns in Deutschland und in den Nachbarländern am meisten aufgetretenen Erregertypen O und A. Aber bereits in den ersten Malwochen wurde mit Besorgnis festgestellt, daß aufgrund des eingesandten Untersuchungsmaterials plötzlich eine ganz neue, bisher noch unbekannte Variante des Erregerstammes A5 aufgetreten war.

Unglücklicherweise ist diese neue Erregervariante sehr leicht übertragbar, dehnt sich sprunghaft aus und hat schwerste Krankheitserscheinungen, die meist zum Tode der betroffenen Tiere führen, zur Folge. Es trat dann das noch ein, was schon anfangs befürchtet wurde: Der bisher verwandte und gebräuchliche Impfstoff, mit dem man sich reichlich eingedeckt hatte und der früher gegen die beiden

Hauptgruppen O und A einen sicheren Impfschutz und Impferfolg abgab, war dieser neu aufgetretenen Variante nicht gewachsen.

Dieser neue Maul- und Klauenseuche-Erregertyp ist nicht etwa eingeschleppt worden, sondern er ist durch Umwandlung von bei uns noch nicht erloschen gewesenen Typen in eine neue Variante entstanden. Der neue Erreger der Seuche hat nämlich die Eigenschaft sich dann umzuwandeln, wenn die Seuche im Abklingen ist. Selbstverständlich ist man bemüht, der neu erwachsenen Situation in jeder nur erdenklichen Weise Herr zu werden. Es wurde sofort mit der Herstellung eines Impfstoffes begonnen, der diese neue Variante enthält und dadurch einen einwandfreien Impfschutz auch gegen diese Art gewährleistet. Es ist klar, daß von dem Augenblick der Erkenntnis des neuen Typs an bis zur Fertigstellung des ersten gebrauchsfertigen und nunmehr umgestellten Impfstoffes trotz aller Beschleunigung einige Wochen vergehen. Es ist selbstverständlich, daß zu Beginn einer neuen Produktion zunächst nur mit relativ kleinen Mengen gebrauchsfertiger Vakzine gerechnet werden kann.

Durch die weitere Ausdehnung der Seuche hat unsere deutsche Erzeugung nicht ausgereicht und es wurde mit ausländischen Impfstoffgewinnungstätten der Geschäftsverkehr aufgenommen. Aber auch hier bestehen die gleichen Schwierigkeiten wie bei uns und die Einfuhr des überaus gleich dringend benötigten Sonderimpfstoffes geht trotz der Freigabe der hierzu erforderlichen Devisen nur langsam vor sich.

Unsere ersten Blumenaussaaten

Steingarten und Beerensträucher für den Ziergarten

Bei unseren Ziergewächsen müssen wir jetzt darauf achten, daß sich unter der Winterbedeckung nicht vorzeitige Triebe bilden, die dem geringsten Frost erliegen. Bei den Rosen ist es daher ratsam, schon etwas zu lüften; die überwinterten Triebe vertragen mehr als wir meist annehmen. Auch bei den Stauden und Zwiebeln lockern wir das Laub und nehmen das Fichtenreisig vorübergehend weg.



Haben wir eine Menge alpine Pflanzen, so ist zu überlegen, ob sie in einem Steingarten nicht besser zur Wirkung kommen. Hier finden sie auch meist bessere Bedingungen zum Wachsen. Die vorgesehene Fläche einschließlich Umgehungsweg wird 30 Zentimeter tief ausgehoben und die Grube mit einer 25 Zentimeter hohen Schicht aus Gestein gefüllt; sie ist zum Versickern des Wassers erforderlich und schützt gegen Mäuse. Darauf kommt in

gewünschter Höhe ein Hügel aus einem Gemisch gesiebter Schlacke und Lehm. Nun werden Steine und Steinplatten so ausgelegt, daß die größeren unten zu liegen kommen, keine hochkant stehen und das Gefälle so eingerichtet wird, daß den Pflanzen recht viel Regenwasser zufließen kann. Zwischen die Steine geben wir eine Erdmischung zu gleichen Teilen aus Sand, unkrautfreier Kompost-erde, Lehm und gesiebter Schlacke.

Jetzt ist die passende Zeit für den Schnitt verschiedener Ziergehölze. Die Freilandhortensien müssen auf 3 bis 6 Augen zurückgeschnitten werden. Von den Ziergehölzen schneiden wir nur die Sommer- und Herbstblüher. Die Frühblüher (Forsythie, Mandelblümchen, Japanische Quitte, Flieder, Seidelbast u. a.) dürfen wir jetzt nicht schneiden, da bereits dicke Blütenknospen an den Triebenden ausgebildet sind.

Beerensträucher gehören in jeden Garten oder Steingarten. Es seien hier die schönsten Sträucher, die im Winter mit Beeren behangen sind, genannt. Unter den Zwergmispeln (Cotoneaster) gibt es viele Sorten von den hochwachsenden bis zu den kriechenden Formen mit schönen, leuchtend roten, erbsengroßen Beeren. Die Berberitzen (Berberis) erfreuen uns im Frühjahr durch das leuchtende Gelb ihrer Blüten und im Herbst und Winter durch einen reizenden Fruchtbehang. Schöne neue Einführungen sind die Berberis Wilsonae (Korallenrot) und Berberis yunnanensis (rotgelb). Der Seidelbast, Daphne mezereum, hat blaßkarminrote Blüten und rote Früchte! Von den Stechpalmen (Hülsen) seien genannt Ilex aquifolium, Blätter glänzend-dunkelgrün und Früchte lebhaft rot, und I. chrysocephala mit gelben Früchten. Beide Formen bilden eine Zierde während des ganzen Jahres. Ebenfalls haften den ganzen Winter über die roten Früchte des Feuerdorns Pyracantha coccinea, eines unserer schönsten immergrünen Ziersträucher. All diese Gehölze können wir Ende dieses Monats pflanzen.

Gegen Monatsausgang werden wir ins Warmbett oder in Handkästen Löwenmaul, Lobelien, Salven, Hahnenkamm, Petunien, Barfaden und Cobaea aussäen. Ganz feiner Same, wie Löwenmaul, wird nur angegedrückt.

Das Abdecken der Jauche

Zur Verhütung von Stickstoffverlusten hat sich das Abdecken der Jauche in der Jauchegrube mit einer dünnen Schicht Oel bewährt. Die obenauf schwimmende Oelschicht unterbindet vollständig die Stickstoffverdunstung. Das Verfahren ist billig, da altes Abfallöl verwendet werden kann und nur geringe Mengen gebraucht werden.

Der Mistbeetkasten wird hergerichtet

Jetzt noch keine Freilandaussaaten

In den Wintermonaten soll der Gartenfreund Fachliteratur zur Hand nehmen und sich neue Anregungen für die Boden- und Pflanzpflege holen. Auch ich habe in dieser Zeit dieses und jenes Pflanzenbuch aufgeschlagen und prüfend gelesen und verglichen. Dabei ist mir aufgefallen, daß im allgemeinen die Empfehlungen für die ersten Freilandaussaaten viel zu früh abgegeben werden. So wird für manche Gegenden, sofern der Boden frostfrei ist, emp-



fohlen, Spinat, Frühbohnen, Puffbohnen, frühe Erbsen, Lauch, Zwiebeln, Petersilie, Schwarzwurzel u. a. auszusäen. Es ist aber mit Rücksicht auf die Keimungs- und Wachstumswärme empfehlenswerter, die Aussaaten nicht im Februar, sondern erst in der letzten Märzdekade vorzunehmen. Die meisten Samen keimen meist schon bei geringen Graden, der Keimling wächst aber erst gut bei Temperaturen von über 20 Grad. Wir lassen uns so durch die erscheinenden Keimblätter täuschen, ahnen aber nicht, wie sich der Keimling im kalten Boden herumquält und wie lange es noch dauert, bis die beste Bodenwärme erreicht ist. Es sollte uns aber am Herzen liegen, die jungen Pflänzchen vor allen Wachstumsstörungen zu behüten; wir wollen deshalb nicht ungeduldig werden.

Im Februar sollten wir uns noch vorwiegend um die Verbesserung des Bodens kümmern, damit er sich im Frühjahr rasch erwärmt, um zeitige Ernten zu erzielen. Hier hilft vor allem Humus, der den Boden lockert, damit die warme Luft schnell in ihn eindringen kann. Humoser Boden nimmt außerdem dunkle Farbe an, und wir wissen, daß sich dunkle Stoffe schneller erwärmen. Schließlich wird das Bakterienleben verstärkt und durch diese Kleinlebewesen die Bodenwärme etwas erhöht.

Aber noch eines ist zu bedenken. Der durch den Winter stark durchnässte Boden gibt mit zunehmender Erwärmung Feuchtigkeit ab. Durch diese Verdunstung bleibt der feuchte Boden ständig kühler als ein schon trockener. Gelingt es uns, die Verdunstung und dazu die nächtlichen Wärmeausstrahlungen des Bodens zu unterbinden, so erhalten wir dem Boden den größten Teil der Wärme, die er durch die Sonneneinstrahlung aufgenommen hat. Man wird also über die ersten Aussaaten Säcke breiten; kommen die Keimblätter heraus, so spannt man Stoffe oder legt Bretter auf flachen Gerüsten darüber. Auch herübergestülpte Helme aus Papier, Pappe, Wachspapier sind ein hervorragender Schutz während kühler Tage und Nächte. Wir können aber auch trockenes Gras (Heu) oder Torfmull als Schutz auf die Beete bringen.

Für die Bearbeitung des im Herbst grobschollig gegrabenen Landes wollen wir uns folgendes merken. Nicht zu früh den Boden betreten, denn die jetzt festgetretene Erde ist nur schwer zu lockern. Das Land wird nicht noch einmal gegraben. Zuerst werden die Treteige angelegt und hernach wird das Land eingeebnet und geharkt. Sehr zweckmäßig ist der neuzeitliche Bodenkrümmer, der die Erdschollen fein zerkrümelt. Hinterher wird die Fläche sorgfältig geharkt. Diese Arbeiten werden erst vorgenommen, wenn der Boden nicht am hereingestobenen Spaten kleben bleibt und

sich die Erde in der Hand locker und krümelig anfühlt.

Anders verlaufen unsere Arbeiten im Februar, wenn wir ein Frühbeet zu bestellen haben. Der warme Kasten wird Mitte Februar hergerichtet. Auf den Grund kommt etwas Laub, darauf 40 bis 50 Zentimeter Pferdedung, der festgetreten wird. Auch um den Kasten packen wir Dung. Auf den Kasten legen wir die Frühbeetfenster und decken Strohmatten darüber. Mittags wird gelüftet. In 4 bis 5 Tagen hat sich der Dung so weit gesetzt, daß wir dann Mistbeet- oder Komposterde handhoch auf den Dung schütten und die Erde waagrecht planieren. Nun muß zwischen Erde und Glas am niederen Ende ein Abstand von wenigstens 12 Zentimeter sein. Der warme Kasten erfordert nach Inbetriebnahme tägliche Wartung.

Das Mistbeet dient einmal zur Heranzucht früher Gemüse und empfindlicher Sommerblumen, zum andern bei günstiger Lage und guter Vorbereitung zum Anbau von Treibgemüse, das um mehrere Wochen früher erntereif ist als das Freilandgemüse. Hierzu eignen sich besonders schnellreife Gemüsearten, wie Salat, Radies, Kohlrabi, auch Karotten, Gurken, Bohnen. An Gemüsepflanzen für das Freiland werden ab Ende Februar herangezogen: Sämtliche Frühkohlsorten, Kopfsalat, Sellerie, Porree.

Soll der Mistbeetkasten bereits Ende Februar bepflanzt werden, so sät man am 10. Februar in einen Handkasten Salat, pikieren ihn in 10 Tagen in ein anderes Kästchen und pflanzen ihn in weiteren 10 Tagen in den Mistbeetkasten aus. Alle Pflänzchen brauchen viel Licht.

Mitte Februar wollen wir die Kästen mit Frühkartoffeln zum Vorkeimen aufstellen. Sie kommen in den Keller, der 7 bis 10 Grad Wärme haben soll, so nahe wie möglich ans Fenster. Versäumen wir vorher nicht, die Knollen nach der Größe zu sortieren und die Kästen dann öfter umzusetzen.

Um frühe Rhabarberernten zu erzielen, stülpen wir über jede Staude einen bodenlosen Eimer oder eine ebensolche Kiste und packen Dung darum. Unter diesem Schutz treiben die Rhabarberstauden schneller aus. — Haben wir Kohlstrünke auf den Beeten überwintern lassen, so achten wir darauf, daß die jungen Austriebe nicht von Wildkaninchen abgefressen werden.

Heu von besserer Qualität

Kleeböcke müssen die richtige Größe haben

Der Zweck des Kleebocks ist die Gewinnung eines Heues von besserer Qualität. Vor allem wird das sonst unvermeidliche Abfallen der nährstoffreichen Blätter vermieden. Während bei dem Verfahren der Bodentrocknung das Heu bei ungünstiger Witterung oft längere Zeit den Witterungseinflüssen ausgesetzt ist, ist beim richtig aufgesetzten Kleebock nur die äußere verhältnismäßig dünne Schicht diesen schädigenden Einflüssen unterworfen. Die Hauptmasse bleibt davon verschont, was später an Farbe und Geruch deutlich zu erkennen ist.

Ein Fehler liegt nun darin, daß in vielen Fällen die Kleeböcke zu klein gemacht werden. Ein kleiner Körper hat nun einmal eine verhältnismäßig größere Außenfläche als ein großer Körper. Diese Tatsache sollten wir bei der Herstellung von Kleeböcken berücksichtigen und sie wenigstens 2,50 m hoch anfertigen. Wer die Kleereiter für Luzerne noch größer machen will, tut unbedingt gut daran; für Rotklee sind größere Ausmaße jedoch nicht empfehlenswert. Ferner soll der Kleebock auch genügend Staudraum unter sich haben. Ist er nämlich zu klein gestellt, so bleibt in der

Mitte kein Hohlraum für den unbedingt erforderlichen Luftzug, außerdem fällt er bei Sturm leichter um. Der Kleebock muß so hoch aufgesetzt sein, daß er nach dem Eintrocknen oben einen guten Schluß behält. Auf keinen Fall dürfen die Stangen oben heraussehen, sonst ist der ganze Zweck des Kleebocks verfehlt.

Ein weiterer Fehler ist es, wenn die drei Querstangen dem Erdboden zu nahe sind — sie sollen etwa 80 cm vom Boden entfernt sein —, was sich dann besonders nachteilig auswirkt, wenn die Kleeböcke nach dem Aufsetzen unten nicht ausgepuzt werden. In diesem Falle ist dann der ganze Kleebock kaum mehr wert als der Heuhaufen. Der Reuter muß so ausgepuzt werden, daß er 40 bis 50 cm Luftraum unter sich hat. Dieser Punkt ist aus 2 Gründen zu beachten: erstens, damit nach Regenwetter das Heu schnellstens von allen Seiten wieder trocken kann und zweitens: damit der Klee unter dem Bock nicht abstirbt.

Wer sich also vor Verlusten und Schäden der genannten Art schützen will, muß diese Hinweise beachten, wenn er in den auslaufenden Wintermonaten sich noch neue Kleeböcke herstellt.